A 236

Warmbrunner Nachrichten

Hirschdorfer Tageblatt

Aelteste nationale Tageszeitung für das Riesengebirge

Bezugspreise: Durch die Post und durch die Austräger monatl. 1.40 Mk., wöchentl. 35 Pf., f. Abholer 1,20 Mk., wöchentl. 30 Pf. Kündigung des Bezuges nur vor dem 15. f. Mts. mündl. od. schriftl. i. d. Geschäftsstelle. — Im Falle höherer Gewalt haben die Bezieher keinen Anspruch auf Rückvergütung.

Anzeigen-Preislisten durch die Geschäftsstelle. — Mit Zahlungsverzug oder Stundung werden Zinsen in Höhe von 1 v. H. über Reichsbankdiskont sowie die Einziehungskosten berechnet. — Erfüllungsort für beide Teile ist Bad Warmbrunn im Riesengebirge.

Druck und Verlag: Paul Fleischer's Erben, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Str. 2, Ruf 215. — Postscheck-Konto 6746 Breslau.

Nummer 227 | Mittwoch, den 28. September 1938 | 54. Jahrgang

Starker Eindruck der Führerrede

Das Auslandsecho: Die Lage nicht verschärft

Die große historische Rede des Führers im Berliner Sportpalast hat auf die öffentliche Meinung der Welt einen ungeheuer starken Eindruck gemacht. Im allgemeinen ist die Meinung in der Weltpresse vorherrschend, daß die internationale Lage nicht verschärft worden ist und daß die Möglichkeit der friedlichen Beilegung nach wie vor besteht, wenn nicht Herr Benesch eine Katastrophenpolitik fortzuführen vermag, die das tschechische Volk in ein namenloses Unglück stürzen müßte.

London: Letzte territoriale Forderung

Die große Rede des Führers hat mit ihrer klaren, eindeutigen Sprache in der gesamten englischen Oeffentlichkeit einen ungeheuer starken Eindruck hinterlassen. Weitesten Kreisen des englischen Volkes hat die mit schonungsloser Offenheit durchgeführte Abrechnung mit dem Terrorsystem des Herrn Benesch die Augen geöffnet, und man erkennt allmählich, daß hier ein Problem vorliegt, das rasch und endgültig gelöst werden muß.

Die englischen Blätter veröffentlichen die Führerrede in Riesenaufmachung und beschäftigen sich in ausführlichen Kommentaren mit ihrem Inhalt. Dabei muß man allerdings die Feststellung machen, daß die selbstverständliche Forderung des Führers nach einer raschen und tatsächlichen Durchführung der bereits von Prag zugestandenen Abtretung des Sudetenlandes immer noch wenig Verständnis findet. Vielmehr haben die Zeitungen alle möglichen Einwände zu machen, ohne dabei aber in der Lage zu sein, ihre entgegengesetzte Anschauung irgendwie vernünftig zu begründen.

Das führende Organ, die „Times", nennt die Führerrede eine „ziemlich offensive Erklärung" zu der zugegebenermaßen völlig berechtigten Frage, nämlich dem Recht der Sudetendeutschen, mit dem Reich vereint zu werden.

Im Rahmen ihrer weiteren Ausführungen betont das Blatt, daß die erste Frage im tschechisch-deutschen Problem gelöst sei. Die beiden Völker, Tschechen und Deutsche, sollten getrennt und die deutsche Bevölkerung mit dem Reiche vereint werden. Die Meinungsverschiedenheit, die zwischen England und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite bestehe, sei eine Meinungsverschiedenheit über die Methode.

Die „Times" begrüßt im übrigen, daß die British Legion in den Abstimmungsgebieten die Ordnung aufrechterhalten solle. Der „Daily Telegraph" meint u. a., daß die Tür zu Verhandlungen noch nicht unwiderruflich verriegelt sei. Die Welt habe noch eine Atempause. Die „Daily Mail" meint, daß die Aussichten sich durch die Rede des Führers nicht verschlechtert hätten. Denn der Führer habe zwar seine Bedingungen an Prag wiederholt, aber auch dem deutschen Wunsche nach Frieden Ausdruck gegeben.

Die Sonderausgabe des „Evening Standard" hebt besonders die Ausführungen über Chamberlain hervor, wobei es die Worte herausstellt, daß der Führer dankbar für Chamberlains Bemühungen um den Frieden sei, indem er erklärt, daß er zwar eine friedliche Lösung wünsche, seine Geduld aber am Ende sei.

„Daily Telegraph" stellt u. a. fest, die Erklärung, daß die Befriedigung der Forderung gegenüber den Tschechen die letzte territoriale Forderung in Europa darstelle, sei beruhigend.

Paris: Die Brücke nicht abgebrochen

Die Rede des Führers wird von sämtlichen französischen Blättern sehr ausführlich und teilweise wörtlich wiedergegeben. Von der sowjetrussisch-tschechisch beeinflußten Blättergruppe, wie die „Humanité", das „Ordre" und die „Epoque", abgesehen, kommt die Beurteilung der Führerrede allgemein in der oft wiederkehrenden Schlagzeile zum Ausdruck, die „Tür bleibt zu weiteren Verhandlungen offen". Diese Ansicht wird mit erleichtertem Aufatmen erörtert.

Der Außenpolitiker des dem Quai d'Orsay nahestehenden „Petit Parisien" meint, es wäre übertrieben, zu sagen, daß Adolf Hitler eine friedfertige Rede gehalten habe; es sei aber auch keine Kriegsrede gewesen. Trotz allem breche die Rede des Führers die Brücke nicht ab und schließe nicht die Tür zu Verhandlungen. Die Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens würden also fortgesetzt werden.

Im „Figaro" schreibt d'Ormesson, die Rede Adolf Hitlers enthalte nichts, was die schon gefährliche Lage noch verschärfen könnte. Hinter den entschiedenen Worten entdecke man einen bis zum äußersten gespannten zähen Willen, aber auch eine große Geschicklichkeit und Selbstbeherrschung. Das Blatt erkennt gern an, daß man in der Vergangenheit bezüglich der Angebote Adolf Hitlers, von denen dieser gesprochen habe, einsichtiger hätte sein sollen. Der Führer habe versichert, daß sich sein Memorandum nicht wesentlich von den englisch-französischen Vorschlägen unterscheide. Diese Versicherung scheine die Aussicht für eine Klärung des Memorandums offen zu lassen.

Auch der „Matin" stellt in seiner Gesamtbewertung fest, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten. Der Direktor des rechtsstehenden „Jour" schreibt, die Erklärung über Elsaß-Lothringen verdiene Beachtung. Die bekannt deutschfeindliche „Epoque" geht an der Tatsache des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Prager Zusage, das sudetendeutsche Gebiet abzutrennen, gänzlich vorbei und behauptet u. a. — obwohl der Führer es deutlich sagte: Wir wollen keine Tschechen! —, was solle die Rede des Führers anders bedeuten, als daß er entschlossen sei, „mit Gewalt zur kompromißlosen Unterwerfung und Vernichtung des unglücklichen tschecho-slowakischen (!) Volkes zu kommen, ebenso wie er durch Gewalt die Unterwerfung und Vernichtung des kleinen österreichischen Volkes erreicht habe (!!)".

Der „Jour" veröffentlicht den vollständigen Wortlaut der Führerrede und legt besonderen Wert auf die Erklärung Adolf Hitlers, daß es sich bei der sudetendeutschen Regelung um die letzte gebietsmäßige Forderung handelt, die der deutsche Reichskanzler in Europa ausspreche. Der Außenpolitiker des Blattes ist der Ansicht, daß eine Hoffnung auf Frieden fortbestehe.

Der Führer habe erklärt, daß das deutsche Memorandum sich darauf beschränke, die sofortige Durchführung dessen zu verlangen, was Benesch versprochen habe, als er den englisch-französischen Plan angenommen habe. Nur die Frist bis zum 1. Oktober für die Annahme der Forderungen als einem endgültigen Zeitpunkt sei neu. Wenn man recht verstehe, heiße das soviel, daß Hitler die Durchführung des französisch-britischen Planes am 1. Oktober nicht verweigern könnte. Gäbe es hier nicht doch eine offene Tür, durch die der Frieden sich retten könne?

Auf die Führer-Rede zurückkommend, schreibt der Berliner Berichterstatter des Blattes, man könne gerechterweise feststellen, daß sich in der Zuhörerschaft kein feindseliger Ruf gegen Frankreich erhoben habe und daß jedesmal, wenn Hitler erklärt habe, daß es zwischen Frankreich und Deutschland keine gebietsmäßigen Fragen mehr gäbe und daß Deutschland mit Frankreich in Frieden leben wolle, seine Worte einen Beifall hervorgerufen hätten, in dem sich eine Zustimmung zeige, über die man einfach nicht mehr streiten könne.

Wenn die Tschecho-Slowakei sich bereit erkläre, die Sudetengebiete anstandslos auszuliefern, so werde es keinen Krieg geben.

In einer Auslassung des französischen Nachrichtenbüros Havas über die Rede Adolf Hitlers heißt es, die Rede des Reichskanzlers habe die gegenwärtige Spannung nicht verschärft. Man müsse feststellen, daß der Führer die Forderungen seines Memorandums voll und ganz aufrechterhalten habe. Er habe erklärt, daß dieses Dokument die „absolut einzig mögliche Lösung" des sudetendeutschen Problems sei, und er habe bestätigt, daß Deutschland, wenn die Prager Regierung am 1. Oktober dieses Gebiet Deutschland nicht überlassen habe, es mit Gewalt nehmen werde.

Wenn man andererseits vermerke, daß der deutsche Kanzler keine neuen Forderungen vorgebracht habe, und wenn man seine Versicherung verzeichne, daß hier zwei Männer, nämlich Benesch und er selbst, einander gegenüberständen, so gelange man zu der Schlußfolgerung, daß der Führer sich bemüht habe, den Streitfall auf das Reich und die Tschecho-Slowakei zu beschränken und der außenpolitischen Doktrin des Nationalsozialismus entsprechend den Konflikt zu lokalisieren, der sich in Anbetracht des Widerstandes der Prager Regierung, die Gesamtheit der Forderungen des deutschen Memorandums zu erfüllen, ergeben könnte. Unter diesen Umständen könne man sagen, daß die Rede die gegenwärtige internationale Lage nicht verschärft habe.

Rom: Die Verantwortung Englands und Frankreichs

Der unerschütterliche Entschluß des Führers, von den Forderungen seiner gerechten Sache nicht zu weichen, findet in ganz Italien unumwunden Zustimmung. In dieser Stellungnahme des Führers sieht die italienische Presse die ganze Bedeutung seiner Rede, die in großen, vielfach wörtlichen Auszügen unter besonderer Betonung der deutsch-italienischen Schicksalsgemeinschaft und des deutschen Dankes an Italien zusammen mit der Ansprache Mussolinis von Verona an erster Stelle veröffentlicht und kommentiert wird.

Unter der Ueberschrift „Gerechtigkeit der Geschichte" verurteilt „Messaggero" den klaren Versuch Prags, sich seinen Verpflichtungen aus der Annahme des französisch-englischen Vorschlages zu entziehen und erklärt, wenn nunmehr nach den Ausführungen des Führers die Tschecho-Slowakei sich nicht zur friedlichen Lösung bequeme, so müsse man feststellen, daß Prag bewußt den Krieg wolle.

Auch „Popolo di Roma" stellt fest, daß Adolf Hitler mit seiner klaren und starken Beweisführung die Ausflüchte Prags gegenüber dem deutschen Memorandum in vollem Umfang entlarvt habe. Die eindrucksvolle Klarheit seiner Worte stelle das Weltgewissen unwiderruflich vor das Problem der Verantwortung im Falle eines Konfliktes, da das Memorandum keine neue Forderung enthalte und den bereits angenommenen Vorschlägen genau entspreche.

„Hitler bekräftigt mit äußerster Entschiedenheit die heiligen Rechte der Sudetendeutschen gegenüber dem Verrat Prags", schreibt der Mailänder „Corriere della Sera". Nachdem der Grundsatz der Rückkehr der Sudetendeutschen in die deutsche Heimat einmal gebilligt worden sei, ergebe sich das weitere von selbst. Man führe nicht einen Krieg wegen Fragen der Prozedur, man entfessele keinen Weltbrand, um die Berichtigung von Grenzen, die einstimmig als ungerecht verdammt werden, um eine Woche hinauszuschieben.

Hierin liege die ungeheure Verantwortung nicht nur des kleinen Mannes Benesch, der nur darauf bedacht sei, sich selbst zu retten, sondern der Regierungen der Großmächte, die dessen gefährliche und verbrecherische „Taktik" duldeten und ermutigten.

Die Turiner „Stampa" meint, wenn Prag, Paris und London nicht auf ausgedehntere Ziele eines Präventiv-Krieges gegen die totalitären Staaten hinzielten, dann sei die Frage der Rückkehr der von den Tschechen unterdrückten Völker auf friedlichem Wege lösbar. Je größer der deutsche Wille sei, die Rechte über das sudetendeutsche Gebiet auf versöhnliche Weise festzulegen, desto schwerer laste die Verantwortung auf den Regierungen von Paris und London. Die Lage könne wieder eingerenkt werden, wenn England das französische Rennen ins Abenteuer bremse und den [illegible]ückten Ambitionen Beneschs indirekt eine kalte Dusche [illegible]

Chamberlain habe große Verdienste um den Frieden, aber es sei nötig, daß seine aufrichtigen Absichten nicht von den wilden Strömungen fortgerissen werden, die in England und Frankreich hinter der bewußten oder unbewußten Inspiration des Kreml einen antifaschistischen Krieg entfesseln wollten.

Warschau: Wachsende Isolierung Prags

Trotz der vielen Nachrichten, die wieder in Warschau über die unterdrückte polnische Volksgruppe in der Tschechei vorliegen, steht in der Warschauer Presse die Rede des Führers im Vordergrund. Alle Blätter geben sie auf das ausführlichste wieder. Sie unterstreichen in ihren Ueberschriften nachdrücklich, daß Krieg und Frieden in den Händen Beneschs liegen. Das Militärblatt „Polska Zbrojna" stellt in seiner Ueberschrift fest, daß das Ende der Tschecho-Slowakei des Herrn Benesch ausgesprochen worden sei.

„Gazeta Polska" schreibt: Die polnische öffentliche Meinung lese mit Genugtuung in dem Absatz über die deutsch-polnischen Beziehungen, daß das Abkommen vom 26. Januar 1934 verlängert werden solle und daß Polen einen territoriellen Zugang zum Meere haben müsse. Die Ausführungen des Führers seien nicht nur eine neue Kundgebung seines Willens, die jetzige Etappe in den deutsch-polnischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, sondern auch eine wertvolle Ankündigung, daß von deutscher Seite auch morgen nichts unterlassen werden würde, was zur Verbesserung der deutsch-polnischen Nachbarschaft beitragen kann.

Wenn der Führer in der Rede erkläre, daß Benesch jetzt zum ersten Male gegebene Versprechungen erfüllen müsse, dann, so schreibt „Gazeta Polska", habe der Führer mit diesen Worten in kräftiger und keinerlei Illusionen übriglassender Weise den Punkt auf das i in der Sudetenfrage gesetzt.

„Kurjer Poranny" unterstreicht in seiner Betrachtung der Rede das große Verantwortungsgefühl und die breite Perspektive, mit der der Führer die deutschen Thesen begründete. Die scharfe und klare Herausstellung der Frage an die Adresse Beneschs hinsichtlich Krieg oder Frieden zeige deutlich, daß die Lage im tschechisch-deutschen Abschnitt in das letzte Stadium der Hochspannung getreten ist und sich am Vortage der Entscheidung befinde.

Durch die Rede werde die Prager Regierung in eine besonders schwierige Lage gebracht, da die Isolierung der Tschecho-Slowakei gleichsam wachse. Durch die Zwischenfälle im Olsa-Gebiet würden die Gegensätze zwischen Polen und Tschechen immer größer. Auch in der Slowakei und in der Karpatho-Ukraine häuften sich die blutigen Ausschreitungen und der wachsende Widerstand gegen die Herrschaft Prags. Und Ungarn reagiere scharf und entschieden auf die hinterlistigen Vorschläge Prags zur Regelung der nachbarlichen Beziehungen. Alles dies zeige, daß die Lage der Tschecho-Slowakei immer hoffnungsloser wird und die tschecho-slowakische Republik rein faktisch und politisch von dem Rest der Welt abgeschnitten ist.

Belgrad: Deutschlands gerechte Forderung

Zur Führerrede wird an zuständiger jugoslawischer Stelle erklärt, daß sich die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der sudetendeutschen Frage stärke. In maßgebenden politischen Kreisen bezeichnet man zwei Punkte der Führerrede als besonders wichtig: 1. die Frist, die der Führer bis zum 1. Oktober gestellt hat und somit noch vier Tage zur Lösung offen

lagt, 2. der klar ausgesprochene Verzicht auf jede territoriale Forderung in Europa.

Von maßgebender jugoslawischer Seite wurde erneut die Erklärung wiederholt, daß die Forderung nach Selbstbestimmung der Sudetendeutschen gerecht sei und ihre Erfüllung im Interesse des europäischen Friedens liege.

Die Belgrader Zeitungen „Vreme" und Politika" heben in Schlagzeilen den vom Führer ausgesprochenen Verzicht auf jede weitere gebietsmäßige Erwerbung in Europa nach der Rückkehr der sudetendeutschen Gebiete hervor. In den weiteren Ueberschriften wird der Termin des 1. Oktober und die Bereitschaft, durch die British Legion die Abstimmungsgebiete kontrollieren zu lassen, hervorgehoben.

Sofia: Volle Zustimmung

Ganz Bulgarien stand im Banne der historischen Führerrede. Die Rede hat wegen ihrer maßvollen und klar umgrenzten Forderungen eine fühlbare Erleichterung hervorgerufen und die volle Zustimmung der bulgarischen Oeffentlichkeit gefunden. „Die Rede hat wegen ihrer ebenso eindringlichen wie eindeutigen Darlegung des deutschen Standpunktes die politische Lage wesentlich vereinfacht, und schon deshalb müßte die Welt die Ausführungen des Führers der deutschen Nation werten", so erklärten politische Persönlichkeiten dem Berichterstatter.

Die bulgarische Presse spricht der Führerrede ihre einstimmige Billigung aus. Den größten Eindruck hat hier die Feststellung hinterlassen, daß Deutschland nach Bereinigung der sudetendeutschen Frage keine weiteren Forderungen mehr in Europa zu stellen habe. Die Blätter geben diese Stelle in Schlagzeilen wieder und werten sie als den demonstrativen Beweis für den Willen zum Frieden und der europäischen Zusammenarbeit des nationalsozialistischen Deutschland.

Brüssel: Weg zur friedlichen Lösung offen

Die Führerrede wurde von den belgischen Amtskreisen mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Mehrere Minister, unter ihnen Ministerpräsident Spaak, hörten die Rede am Rundfunk an. Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, der erste Eindruck gehe dahin, daß die Führerrede die Möglichkeit einer friedlichen Lösung nach wie vor offenlasse.

Unterstrichen wird in den belgischen Zeitungen, daß das Reich die neuen Grenzen der Tschecho-Slowakei garantieren werde, sobald die Fragen der übrigen Minderheiten zufriedenstellend geregelt ist. Man ist befriedigt, daß keine Brücke endgültig abgebrochen ist.

Amsterdam: Bereitschaft Deutschlands für eine Garantie

Die Führerrede hat in Holland, wo sie von Tausenden an den Lautsprechern gehört wurde, einen sehr starken Eindruck hinterlassen. Uebereinstimmend betonen die Blätter, die die Rede meist im Wortlaut wiedergeben, daß der Führer entschlossen sei, am Godesberger Memorandum festzuhalten, daß er sich aber bereit erklärt habe, die Abstimmung und die Grenzziehung im Sudetengebiet unter internationaler Kontrolle vollziehen zu lassen.

Der „Telegraaf" hebt als besonders wichtig drei Stellen aus der Rede hervor, und zwar die Mitteilung, Deutschland werde sich die Freiheit der Sudetendeutschen holen, falls Benesch sie nicht freiwillig gebe. Deutschland habe jedoch nach Lösung der sudetendeutschen Frage keine weiteren territorialen Ansprüche in Europa. Ferner wird die Erklärung über die Möglichkeit der Verwendung der British Legion im Abstimmungsgebiet und die Bereitschaft einer deutschen Garantie der tschechischen Grenzen nach Lösung der Selbstbestimmungsfrage besonders unterstrichen.

Helsinki: Appell an Englands Autorität

Die finnischen Blätter bringen die Rede des Führers in großer Aufmachung und nehmen erneut in Leitartikeln zur politischen Lage Stellung. „Uusi Suomi" schreibt, die Aussichten für eine friedliche Lösung scheinen zwar geringer zu sein als jemals früher, trotzdem aber müsse der Versuch dazu gemacht werden, denn einem Unbeteiligten erschienen die verschiedenen Ansichten nicht ganz unvereinbar zu sein. „Ajan Suunta" schreibt, daß Adolf Hitler sich nicht mehr durch die Versprechungen Prags betrügen lassen wolle. Alles käme jetzt auf Prag an.

Wenn England es wolle, so muß nach Ansicht von „Ajan Suunta" die Tschecho-Slowakei sich den deutschen Forderungen fügen. Englands Autorität erfordere es schon, daß es so geschehen würde.

Kurz gesagt erscheine es so, als wenn die Kriegsgefahr durch den Friedenswillen Deutschlands und Englands und vielleicht auch Frankreichs wieder zurückgetreten wäre. Aber die Kriegshetzer könnten in der Zwischenzeit noch viel zustande bringen, und die internationalen Minenleger gäben Anlaß zu ernstester Unruhe.

Kopenhagen: Bestimmte Forderung Hitlers

Die Rede des Führers wird von der Kopenhagener Presse in größter Aufmachung wiedergegeben. Die Blätter fassen die Hauptpunkte der Rede zusammen und veröffentlichen ausführliche Auszüge oder sogar den ganzen Wortlaut. Neben der umfassenden Wiedergabe, die dem ungeheuer starken Interesse der dänischen Oeffentlichkeit entspricht, gehen die Blätter auch in ihren Leitartikeln auf Inhalt und Bedeutung der Führerrede ein. Deutschland bestehe auf der Erfüllung seiner im Godesberger Memorandum gestellten Forderungen. Es blieben also nur noch vier Tage Zeit, um die Bemühungen für die Erhaltung des Friedens fortzusetzen. So wird in dem Kommentar von „Politiken" u. a. ausgeführt, Adolf Hitler halte die Frist ein, die er in seinem Memorandum festgelegt habe. Ueber die Bestimmtheit dieser Forderungen könne keinerlei Zweifel herrschen.

USA.: Heraushaltung aus Europa-Konflikt

In den Kommentaren der amerikanischen Presse zur Führerrede kommen deutlich die beiden Richtungen zum Ausdruck, die immer wieder bei der Beurteilung europäischer Vorgänge und vor allen Dingen im Verhältnis zum neuen Deutschland zutage treten. Während auf der einen Seite die vom Judentum beherrschten Blätter, besonders in New York, die heftigsten Angriffe gegen das nationalsozialistische Deutschland und seinen Führer richten und die übelste Kriegshetze betreiben, kommt auf der anderen Seite immer stärker das Bestreben zum Ausdruck, die Vereinigten Staaten aus den europäischen Angelegenheiten weit möglich herauszuhalten.

Der gleiche Zwiespalt ist auch bei den Stellungnahmen der Mitglieder des amerikanischen Kongresses, soweit solche bereits vorliegen, zu bemerken. Neben äußerst pessimistischen oder kriegshetzerischen Erklärungen finden sich einige bemerkenswerte Aeußerungen, die zeigen, daß viele maßgebende Politiker der Vereinigten Staaten sich über die wahren Interessen ihres Landes nicht im unklaren sind.

So erklärte Senator Holt: „Ich sehe keinen Grund, warum Amerika in einen Krieg hineingezogen werden soll, auch wenn die Internationalisten uns hineinzuziehen versuchen."

Der bekannte Senator Borah sagte kurz und eindeutig: „Sollen sie es untereinander abmachen." Der Vorsitzende des bekannten antibolschewistischen Untersuchungsausschusses, Dies, meinte, Amerika müsse äußerst vorsichtig sein und eine streng neutrale Haltung wahren. Die Mehrheit des amerikanischen Volkes wolle nicht in einen europäischen Krieg verwickelt werden, aber eine schlaue und gut finanzierte Agitation habe bereits eingesetzt, um diese Lage zu ändern.

Australien: „Kein Mann für Uebersee-Krieg"

Der Führer der australischen Labourpartei und der Opposition, Curtin, verlas im Bundesparlament in Canberra eine bedeutsame Erklärung zur außenpolitischen Lage.

In dieser grundsätzlichen Stellungnahme der Partei, heißt es, aus der Erfahrung der letzten 25 Jahre habe man die Lehre gezogen, daß sich Australien aus allen europäischen Konflikten fernhalten solle. Dagegen müsse es auf eigenen Schutz bedacht sein, wofür alle Hilfsmittel des Landes einzusetzen seien. Klar und deutlich, so endet die Erklärung, müsse daher ausgesprochen werden, daß kein australischer Mann zur Teilnahme an einem Ueberseekrieg ausgeschickt werden dürfe, was Australien als britisches Dominion auch sonst zu tun bereit sei.

Budapest: Prag trägt die Verantwortung

Die gesamte ungarische Presse steht ohne Rücksicht auf die Parteifärbung völlig unter dem Eindruck der gewaltigen Rede Adolf Hitlers. Einmütig bringen die Blätter zum Ausdruck, daß nach diesem offenen Bekenntnis des Führers zum Frieden nunmehr einzig und allein auf Prag die ganze Verantwortung für den europäischen Frieden laste. Neben dieser Betonung der grundsätzlichen Friedensbereitschaft des Deutschen Reiches wird von ungarischer Seite als besonders bemerkenswert die Feststellung Adolf Hitlers herausgestrichen, daß das Deutsche Reich auch zu einer Garantierung der neuen tschechischen Grenzen sich bereitfinden werde, sobald die berechtigten Forderungen der Ungarn und Polen auf Abtretung der heute von den Volksgenossen dieser beiden Länder bewohnten Gebiete der Tschecho-Slowakei sowie die Autonomiewünsche der Slowaken und Ruthenen befriedigt sein würden.

Tschechische Greuel ohne Ende

Auch wieder Verletzungen der Reichsgrenze.

Die tschechischen Greuel hören nicht auf. Immer mehr erschütternde Meldungen treffen ein, die die unmenschlichen tschechischen Quälereien an der Minderheitenbevölkerung dartun. Auch neue unerhörte tschechische Verletzungen der Reichsgrenze sind wieder vorgefallen.

MG.-Kugeln bis auf den Klingenthaler Markt

Die Haltung des unweit der Grenze bei Klingenthal liegenden tschechischen Militärs wird immer herausfordernder. In der Nacht zum Dienstag, vor allem kurz nach der Führerrede, war in kurzen Abständen Gewehr- und Maschinengewehrfeuer zu hören.

Die Kugeln flogen über die Grenze auf reichsdeutsches Gebiet bis nach Klingenthal herüber. An Bäumen und an einem Wohnhaus in Unterklingenthal wurden Dienstag früh Einschläge festgestellt. Selbst bis in die Stadtmitte gelangten Geschosse. Maschinengewehrkugeln trafen einen vor dem Rathaus stehenden Baum, als auf dem Marktplatz zahlreiche Volksgenossen zu einer Feier versammelt waren. Am Montag, gegen 23.30 Uhr, gerieten einige Reichsdeutsche auf der Bergstraße in Klingenthal, die parallel zum Grenzbach geht, in tschechisches Feuer. Sie mußten hinter Gebäuden Schutz suchen.

Deutsches Zollhaus von Tschechen belagert

Durch tschechisches Militär, das sich auf tschechischem Gebiet oberhalb der Adolf-Hitler-Bergstraße und am Buttermilchsteig Maschinengewehrnester gebaut hat, wird seit Montagabend fortlaufend reichsdeutsches Gebiet beschossen.

Das Ganze gleicht einer gegen das deutsche Zollamt Schömberg gerichteten Belagerung. Fußgänger und Fahrzeuge können die Landstraße zum deutschen Zollhaus nicht mehr benutzen. Sobald sich auf reichsdeutschem Gebiet auf der Straße nur irgend etwas bewegt, wird dieses Gebiet von dem tschechischen Militär unter Feuer genommen. An der sich im Bau befindlichen Adolf-Hitler-Bergstraße mußten im Laufe des Dienstagvormittag die Bauarbeiten eingestellt werden, weil die Straße von einem schweren Maschinengewehr beschossen wurde. Durch die unsinnige Schießerei des tschechischen Militär wurde in der Nacht zum Dienstag auf deutschem Gebiet ein reichsdeutscher Grenzbewohner durch einen Kopfschuß getötet.

Freche Grenzverletzung während der Führerrede

Zu einer schweren Grenzverletzung durch tschechische Soldaten kam es am Montag um 20.35 Uhr an der Reichsgrenze bei Schömberg. Während hier eine friedliche Bevölkerung auf dem Marktplatz zum Gemeinschaftsempfang der Rede des Führers versammelt war, wurde von tschechischen Soldaten die Grenze überschritten. Insgesamt wurden fünf Handgranaten auf reichsdeutsches Gebiet geworfen, wodurch eine erhebliche Beunruhigung in die Bevölkerung getragen wurde. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt.

Tschechische Beamte plündern entvölkerte Orte

Wie die „Bayerische Ostmark" berichtet, dauerte der Zustrom der Flüchtlinge aus dem Sudetenland in der Nacht zum Montag und am Montag weiter an. In den der Grenzstadt Furth gegenüberliegenden Orten Prennet und Volmau kam es am Sonntag zu aufregenden Szenen.

Tschechische Soldaten, Gendarmerie und Finanzer drangen selbst in die leerstehenden, verschlossenen Wohnungen ein, die sie gründlich durchschnüffelten und durchsuchten. Obwohl die Hausfriedensbrecher es hauptsächlich auf die Radiogeräte abgesehen hatten, nahmen sie auch andere Gegenstände, die ihnen wertvoll erschienen, mit.

Eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, die an der Grenze bei Furth stehend die tschechischen Maßnahmen beobachtete, mußte mit ansehen, wie eine sudetendeutsche Frau, die nach Abgabe ihres Radios über die Grenze fliehen wollte, von zwei Grenzern zweimal zu Boden gestoßen und dann eilends abgeführt wurde. Die meisten sudetendeutschen Orte an der Grenze der bayerischen Ostmark sind infolge der Flucht der Bevölkerung und der allgemeinen tschechischen Mobilisierung völlig entvölkert.

Sudetendeutsche Ordner feige ermordet

In der sudetendeutschen Stadt Warnsdorf wurde ein sudetendeutscher Ordner durch einen Kommunisten feige ermordet. Der Kommunist Zimmermann überfiel in der Morgendämmerung einen sudetendeutschen Ordner, der unbewaffnet von seiner Nachtwache nach Hause kam, und brachte ihm mehrere schwere Messerstiche in den Rücken bei. Der Kommunist flüchtete und konnte bisher nicht gefaßt werden. Eine Suchaktion wurde durch das Verhalten des tschechischen Militärs, das in zwei Kraftwagen durch die Stadt patrouillierte, unmöglich gemacht.

Ein Besuch in Warnsdorf ergab ein trostloses Bild. Die Stadt macht den Eindruck völliger Verlassenheit, nur selten trifft man jemand auf den Straßen. Die normalerweise etwa 24 000 Einwohner zählende Stadt hat heute kaum noch 3000 Einwohner.

Es ist eine kleine Gruppe sudetendeutscher Organe zurückgeblieben, die gemeinsam mit dem stellvertretenden Bürgermeister dafür sorgen, daß in der verlassenen Stadt keine Plünderungen durch kommunistischen Pöbel vorkommen. Im Gemeindeamt hat das tschechische Militär furchtbar gehaust. Die unteren Räume sind vollkommen zerstört.

Erschießungen, Verhaftungen, Mißhandlungen ...

In Setzdorf, der sudetendeutschen Industriegemeinde zwischen Friedeberg und Freiwaldau (Mährisch-Ostrau fährt auch weiterhin tschechisches Militär Tag und Nacht mit schußfertigem Gewehr in Panzerwagen durch die Straßen, um wahllos auf jeden zu schießen, der sich zeigt. Soldaten und Gendarmen drohen immer wieder, daß sie die ganze Gemeinde einem Schutthaufen gleichmachen würden, sofern man sie zwinge, sich zurückzuziehen.

Aus ihrer Heimatgemeinde Setzdorf erzählen Flüchtlinge von zahlreichen Erschießungen und Verhaftungen Sudetendeutscher. So wurde der 21jährige Erich Hauke verhaftet und standrechtlich erschossen. Den Sudetendeutschen Rudolf Kinscher mißhandelten die Tschechen aufs schwerste und schleppten ihn dann fort. Ein weiterer Sudetendeutscher, Emil Hauke, sollte am Montag früh erschossen werden. Es gelang ihm aber, zu entfliehen und sogar seine Familie in Sicherheit zu bringen. Die Tschechen schossen sogar hinter Frauen her. Auch die Haustüren wurden mit Maschinengewehrfeuer belegt.

72jähriger Greis ermordet

Am Dienstag früh wurde in der Nähe der sudetendeutschen Stadt Graslitz der 72jährige Franz Fischer aus Graslitz, in der Eisenberger Straße wohnhaft, von Tschechen erschossen. Er wollte mit einer Sense auf der Schulter Heu machen gehen. Für die Tschechen war die Sense eine Waffe. Sie schossen den Greis ohne weiteres nieder.

Die Tschechei schickt Noten und Flugzeuge

Polnischer Protest in Prag. — „Systematische und skrupellose Verletzung der Grenze."

Nach Meldungen der Polnischen Telegraphen-Agentur überflogen am 25. und 26. dreimal tschecho-slowakische Flieger polnisches Staatsgebiet: Am 25. zwei Flugzeuge den polnischen Teil des Olsa-Gebietes, am 26. ein Flugzeug in Höhe von 100 Meter die Eisenbahnlinie bei Skotschau, und am gleichen Tage nachmittags wurde die Grenze erneut von fünf tschechischen Flugzeugen verletzt, die über polnischem Gebiet bei Rafailowa kreisten.

Angesichts der sich in den letzten Tagen häufenden vorsätzlichen Ueberfliegungen polnischen Gebietes durch tschechische Flieger hat die polnische Regierung bei der tschecho-slowakischen Regierung auf das kategorischste und schärfste protestiert und dabei unterstrichen, daß derartige bewußte Verletzungen der polnischen Grenze weiterhin nicht geduldet werden könnten.

Hierzu schreibt „Gazeta Polska", die Meldungen der Polnischen Telegraphen-Agentur seien eine beredte Illustrierung der wirklichen Bestrebungen der tschecho-slowakischen Regierung, die auf der einen Seite an die polnische Regierung Noten schicke, die die Fragen hinausschieben, die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung in Polen einschläfern und im Auslande den falschen Eindruck erwecken sollten, daß Prag die Absicht habe, sich mit Polen zu verständigen. Auf der anderen Seite erneuere Prag bewußt Tag für Tag seine Provokationen. Nach Entfesselung des unerhörten Terrors, nach der provokatorischen Zwangseinziehung der Männer der polnischen Bevölkerung an der Olsa erlebe man jetzt die systematische und skrupellose Verletzung der polnischen Grenze. In Polen glaube niemand mehr den Zusicherungen der Tschechen. Man erwarte von ihnen keine Versprechungen, sondern eine Aenderung ihres Verhaltens. Man verlange die Rückgabe geraubten Landes, die Einstellung des Terrors im Olsa-Gebiet, die Entwaffnung der kommunistischen Stoßtrupps, vor allem aber, daß sofort mit weiteren Provokationen aufgehört werde.

Polin mit Kolben zu Tode geprügelt

In dem Gebiet der polnischen Volksgruppe in der Tschechei hört das grelle Knattern der Gewehrschüsse nicht mehr auf. Nach den neuesten Berichten ist es den polnischen Freikorps-Kämpfern in verschiedenen Ortschaften gelungen, Arsenale zu stürmen und sich mit tschechischen Waffen auszurüsten. Die Zusammenstöße, die sich allerorts ereigneten, haben ungezählte Opfer gefordert. Nach einer polnischen Uebersicht, die von einer Warschauer Agentur veröffentlicht wird, sind auf tschechischer Seite bis zum 26. September rund 40 Gendarmen erschossen oder erschlagen worden. Die Verluste auf polnischer Seite sind wesentlich bedeutender. Sie können aber bis jetzt noch nicht übersehen werden.

Der Sonderberichterstatter des „Kurjer Poranny" gibt erschütternde Schilderungen davon, auf wie furchtbare Weise die in den Spitälern und Krankenhäusern liegenden verwundeten Polen mißhandelt werden. Den in den Kämpfen mit tschechischer Gendarmerie Verletzten wird keinerlei ärztliche Hilfe gewährt; sie erhalten keine Arznei, ja nicht einmal Wasser zum Trinken.

Welche furchtbaren Mittel die tschechischen Bolschewisten anwenden, um von den im Olsa-Gebiet zurückgebliebenen Frauen Geständnisse über die Schlupfwinkel ihrer Männer zu erzwingen, darüber berichtet ebenfalls „Kurjer Poranny". In Trzciniec schlugen Kommunisten auf eine Frau namens Wareczko mit Gewehrkolben so lange ein, bis sie tot zusammenbrach. Trotzdem konnten die Kommunisten aus der Frau keine Aussage herauspressen.

70 000 im polnischen Freikorps

Das polnische Freikorps zur Befreiung des Teschener Gebiets hat eine Stärke von 70 000 Freiwilligen erreicht.

Botschaft des englischen Königs

Taufe des Ozeanriesen „Queen Elizabeth".

In Glasgow hat Königin Elisabeth die Taufe des neuen Ozeanriesen „Queen Elizabeth" vollzogen. Nach dem Stapellauf hielt die Königin eine kurze Ansprache, in der sie den Wunsch des Königs an das englische Volk übermittelte, guten Mutes zu sein trotz der düsteren Wolken, die nicht nur über England, sondern über der ganzen Welt hingen. Der König wisse, daß das englische Volk das ganze Vertrauen auf seine Führer setzen werde, die sich bemühten, eine gerechte und friedliche Lösung der schwerwiegenden Probleme zu finden.

Kurz bevor die Königin den eigentlichen Taufakt vollzog, setzte sich das Schiff in Bewegung, so daß die Königin den Namen des Schiffes erst aussprach, als der Schiffsrumpf schon das Wasser berührte.

Hitler an Amerika

Telegrammwechsel mit Roosevelt

Präsident Roosevelt hat an den Führer folgendes Telegramm gerichtet, das auch im gleichen Wortlaut anderen europäischen Staatsmännern zugegangen ist:

„Das Gebäude des Friedens auf dem europäischen Kontinent, — wenn nicht auch in der übrigen Welt, — ist in unmittelbarer Gefahr.

Die Folgen eines Friedensbruches wären unberechenbar; bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten würde das Leben von Millionen Männern, Frauen und Kindern eines jeden der beteiligten Länder mit absoluter Sicherheit unter Umständen von unaussprechlichem Schrecken verlorengehen.

Das Wirtschaftssystem in allen beteiligten Ländern würde bestimmt zerrüttet, der soziale Aufbau würde Gefahr laufen, vollkommen zertrümmert zu werden. Die Vereinigten Staaten haben keine politischen Verwicklungen. Sie sind nicht befangen im Haß gegen die wesentlichen Bestandteile der Zivilisation. Der höchste Wunsch des amerikanischen Volkes ist, in Frieden zu leben; im Falle eines allgemeinen Krieges jedoch ist es sich der Tatsache bewußt, daß keine Nation den Folgen einer solchen Weltkatastrophe in irgendeiner Weise entgehen kann.

Die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten war immer die Förderung der Regelung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel.

Es ist meine Ueberzeugung, daß alle Völker, die heute der Gefahr eines drohenden Krieges gegenüberstehen, darum beten, der Frieden möge lieber vor als nach dem Krieg gemacht werden. Alle Völker müssen sich daran erinnern, daß alle Kulturnationen der Welt freiwillig die feierlichen Verpflichtungen des Briand-Kellogg-Paktes vom Jahre 1928 auf sich genommen haben, die dahin gehen, Streitigkeiten nur durch friedliche Mittel zu lösen. Außerdem sind die meisten Nationen Partner anderer bindender Verträge, die ihnen die Verpflichtung auferlegen, Frieden zu halten.

Ferner stehen allen Ländern heute zur Lösung von Schwierigkeiten, die auftauchen können, die Schlichtungs- und Versöhnungsverträge zur Verfügung, deren Unterzeichner sie sind. Welches auch die Schwierigkeiten bei den in Frage stehenden Streitigkeiten sind und wie schwierig und dringend sie sein mögen, sie können durch Anwendung von Gewalt nicht besser gelöst werden als durch Anwendung von Vernunft. In der gegenwärtigen Krisis hat das amerikanische Volk und seine Regierung aufrichtig gehofft, daß die Verhandlungen zur Regelung der Streitigkeiten zum glücklichen Ende gebracht werden könnten.

Solange diese Verhandlungen noch fortdauern, so lange besteht auch noch die Hoffnung, daß die Vernunft und der Geist der Billigkeit die Oberhand behalten und daß die Welt auf diese Weise dem Wahnsinn eines Krieges entgeht.

Im Namen von 130 Millionen Amerikanern und um der Menschheit willen appelliere ich an Sie, die Verhandlungen, die auf eine friedliche, billige, konstruktive Lösung der Streitfragen zielen, nicht abzubrechen. Mit Dringlichkeit wiederhole ich, daß, solange die Verhandlungen fortgesetzt werden, die Streitigkeiten eine Aussöhnung finden können; sind sie aber einmal abgebrochen, so ist die Vernunft verbannt, und die Gewalt macht sich geltend. Und Gewalt bringt keine Lösung zum Besten der Menschheit in der Zukunft."

Die Antwort des Führers

Der Führer und Reichskanzler hat an Präsident Roosevelt folgendes Antworttelegramm gerichtet:

Berlin, den 27. September 1938.

Seiner Exzellenz
dem Präsidenten der Vereinigten Staaten
von Amerika
Herrn Franklin Roosevelt
Washington.

Telegramm.

Euere Exzellenz haben in Ihrem mir am 26. September zugegangenen Telegramm im Namen des amerikanischen Volkes einen Appell an mich gerichtet, im Interesse der Erhaltung des Friedens die Verhandlungen über die in Europa entstandene Streitfrage nicht abzubrechen und eine friedliche, ehrliche und aufbauende Regelung dieser Frage anzustreben. Seien Sie überzeugt, daß ich die hochherzige Absicht, von der Ihre Ausführungen getragen sind, durchaus zu würdigen weiß und daß ich Ihre Auffassung über die unabsehbaren Folgen eines europäischen Krieges in jeder Hinsicht teile. Gerade deshalb kann und muß ich aber jede Verantwortung des deutschen Volkes und seiner Führung dafür ablehnen, wenn etwa die weitere Entwicklung entgegen allen meinen bisherigen Bemühungen tatsächlich zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen sollte.

Um über das zur Erörterung stehende sudetendeutsche Problem ein gerechtes Urteil zu gewinnen, ist es unerläßlich, den Blick auf die Ereignisse zu lenken, in denen letzten Endes die Entstehung dieses Problems und seine Gefahren ihre Ursache haben. Das deutsche Volk hat im Jahre 1918 die Waffen aus der Hand gelegt im festen Vertrauen darauf, daß der Friedensschluß mit seinen damaligen Gegnern die Prinzipien und Ideale verwirklichen würde, die dafür vom Präsidenten Wilson feierlich verkündet und von allen kriegführenden Mächten ebenso feierlich als verbindlich angenommen worden waren.

Niemals in der Geschichte ist das Vertrauen eines Volkes schmählicher getäuscht worden als es damals geschah. Die den besiegten Nationen in den Pariser Vorortverträgen aufgezwungenen Friedensbedingungen haben von den gegebenen Versprechungen nichts erfüllt. Sie haben vielmehr in Europa ein politisches Regime geschaffen, das die besiegten Nationen zu den entrechteten Parias der Welt machte und das von jedem Einsichtigen von vornherein als unhaltbar erkannt werden mußte.

Einer der Punkte, in denen sich der Charakter der Diktate von 1919 am deutlichsten offenbarte, war die Gründung des tschecho-slowakischen Staates und die ohne jede Rücksicht auf Geschichte und Nationalität vollzogene Festsetzung seiner Grenzen. In sie wurde auch das Sudetenland einbezogen, obwohl dieses Gebiet immer deutsch gewesen war und obwohl seine Bewohner nach der Vernichtung der habsburgischen Monarchie einmütig ihren Willen zum Anschluß an das Deutsche Reich erklärt hatten.

So wurde das Selbstbestimmungsrecht, das vom Präsidenten Wilson als die wichtigste Grundlage des Völkerlebens proklamiert worden war, den Sudetendeutschen einfach verweigert.

Aber damit nicht genug. Dem tschecho-slowakischen Staat wurden in den Verträgen von 1919 bestimmte und dem Wortlaut nach weitgehende **Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volkstum auferlegt. Auch diese Verpflichtungen sind von Anfang an nicht eingehalten worden. Der Völkerbund hat bei der ihm zugewiesenen Aufgabe, die Durchführung dieser Verpflichtungen zu gewährleisten, vollkommen versagt. Seitdem steht das Sudetenland im schwersten Kampf um die Erhaltung seines Deutschtums.**

Es war eine natürliche und unvermeidliche Entwicklung, daß nach der Wiedererstarkung des Deutschen Reiches und nach der Wiedervereinigung Oesterreichs mit ihm der Drang der Sudetendeutschen nach Erhaltung ihrer Kultur und nach näherer Verbundenheit mit Deutschland zunahm. Trotz der loyalen Haltung der Sudetendeutschen Partei und ihrer Führer wurden die Gegensätze zu den Tschechen immer stärker.

Von Tag zu Tag zeigte es sich klarer, daß die Regierung in Prag nicht gewillt war, den elementarsten Rechten der Sudetendeutschen wirklich Rechnung zu tragen. Vielmehr versuchte sie, mit immer gewaltsameren Methoden, die Tschechisierung des Sudetenlandes durchzusetzen. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Vorgehen zu immer größeren und ernsteren Spannungen führte.

Die Deutsche Regierung hat in diese Entwicklung der Dinge zunächst in keiner Weise eingegriffen und ihre ruhige Zurückhaltung auch dann noch aufrechterhalten, als die Tschecho-Slowakische Regierung im Mai dieses Jahres unter dem völlig aus der Luft gegriffenen Vorwand deutscher Truppenzusammenziehungen zu einer Mobilisierung ihrer Armee schritt. Der damalige Verzicht auf militärische Gegenmaßnahmen in Deutschland hat aber nur dazu gedient, die Intransigenz der Regierung in Prag zu verstärken. Das hat der Verlauf der Verhandlungen der Sudetendeutschen Partei mit der Regierung über eine friedliche Regelung deutlich gezeigt.

Diese Verhandlungen erbrachten den endgültigen Beweis, daß die tschecho-slowakische Regierung weit entfernt davon war, das sudetendeutsche Problem wirklich von Grund auf anzufassen und einer gerechten Lösung zuzuführen.

Infolgedessen sind die Zustände im tschecho-slowakischen Staat in den letzten Wochen, wie allgemein bekannt ist, völlig unerträglich geworden. Die politische Verfolgung und wirtschaftliche Unterdrückung hat die Sudetendeutschen in namenloses Elend gestürzt. Zur Charakterisierung dieser Zustände genügt es, auf folgendes hinzuweisen:

Wir zählen im Augenblick 214 000 sudetendeutsche Flüchtlinge, die Haus und Herd in ihrer angestammten Heimat verlassen mußten und sich über die deutsche Grenze retteten, weil sie darin die einzige und letzte Möglichkeit sahen, dem empörenden tschechischen Gewaltregiment und blutigsten Terror zu entgehen. Ungezählte Tote, Tausende von Verletzten, Zehntausende von Angehaltenen und Eingekerkerten, verödete Dörfer sind die vor der Weltöffentlichkeit anklagenden Zeugen eines schon längst seitens der Prager Regierung vollzogenen Ausbruches der Feindseligkeiten, die Sie in Ihrem Telegramm mit Recht befürchten, ganz zu schweigen von dem im sudetendeutschen Gebiet seit 20 Jahren systematisch seitens der tschechischen Regierung vernichteten deutschen Wirtschaftsleben, das bereits alle die Zerrüttungserscheinungen in sich trägt, die Sie als Folge eines ausbrechenden Krieges voraussehen.

Das sind die Tatsachen, die mich gezwungen haben, in meiner Nürnberger Rede vom 12. September vor der ganzen Welt auszusprechen, daß die Rechtlosmachung der dreieinhalb Millionen Deutschen in der Tschecho-Slowakei ein Ende nehmen muß, und daß diese Menschen, wenn sie von sich aus kein Recht und keine Hilfe finden können, beides vom Deutschen Reich bekommen müssen. Um aber noch einen letzten Versuch zu machen, das Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, habe ich in einem dem Britischen Herrn Premierminister am 23. September übergebenen Memorandum für die Lösung des Problems konkrete Vorschläge gemacht, die inzwischen der Oeffentlichkeit bekanntgegeben sind.

Nachdem die Tschecho-Slowakische Regierung sich vorher der Britischen und Französischen Regierung gegenüber bereits damit einverstanden erklärt hatte, daß das sudetendeutsche Siedlungsgebiet vom Tschecho-Slowakischen Staate abgetrennt und mit dem Deutschen Reich vereinigt wird, bezwecken die Vorschläge des deutschen Memorandums nichts anderes, als eine schnelle, sichere und gerechte Erfüllung jener tschecho-slowakischen Zusage herbeizuführen.

Ich bin der Ueberzeugung, daß Sie, Herr Präsident, wenn Sie sich die ganze Entwicklung des sudetendeutschen Problems von seinen Anfängen bis zum heutigen Tage vergegenwärtigen, erkennen werden, daß die Deutsche Regierung es wahrlich weder an Geduld noch am aufrichtigen Willen zur friedlichen Verständigung hat fehlen lassen.

Nicht Deutschland trägt die Schuld daran, daß es ein sudetendeutsches Problem überhaupt gibt, und daß aus ihm die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände erwachsen sind. Das furchtbare Schicksal der von dem Problem betroffenen Menschen läßt einen weiteren Aufschub seiner Lösung nicht mehr zu. Die Möglichkeiten, durch Vereinbarung zu einer gerechten Regelung zu gelangen, sind deshalb mit den Vorschlägen des deutschen Memorandums erschöpft. Nicht in der Hand der Deutschen Regierung, sondern in der Hand der Tschecho-Slowakischen Regierung allein liegt es nunmehr, zu entscheiden, ob sie den Frieden oder den Krieg will.

gez.: Adolf Hitler.

4 Millionen Sudetendeutsche

¾ Millionen mußten sich eine neue Heimat suchen.

Die tschechische Statistik behauptet, daß es nur 3,231 Millionen Sudetendeutsche gibt. Demgegenüber weist Gauleiter Krebs im Rahmen einer Unterredung mit einem Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" nach, daß die Zahl der Sudetendeutschen in Wirklichkeit 4 Millionen beträgt. Im Laufe der letzten 20 Jahre haben ¾ Millionen Sudetendeutsche, durch den Druck der Tschechen gezwungen, ihre Heimat verlassen müssen und in den Grenzen des Deutschen Reiches, im europäischen Ausland und auch in Uebersee Zuflucht suchen müssen. Diese ¾ Millionen vertriebener Sudetendeutschen sind eine Zahl, in der die Flüchtlinge der letzten, schärfsten Terrorwelle nicht eingeschlossen sind.

Daß Dr. Benesch in seinen genügend als unwahr gekennzeichneten Memoranden für die Friedenskonferenz nur von 2 Millionen Sudetendeutschen sprach, die angeblich mit den Tschechen völlig vermischt wurden, ist eine jener Lügen, die längst offen entlarvt worden sind. Selbst nach der amtlichen tschechischen Volkszählung beträgt die Zahl der Sudetendeutschen 3 231 000. Aber auch diese Zahl ist unrichtig. In der Tschecho-Slowakei haben bis zum Beginn der jetzigen Auseinandersetzungen mindestens 3,5 Millionen Sudetendeutsche gelebt.

Bei den zwei in der tschecho-slowakischen Republik durchgeführten Volkszählungen in den Jahren 1921 und 1930 kam es zu einer Unzahl von Fälschungen und gewaltsamen Beeinflussungen des Wahlergebnisses zum Nachteil aller nichttschechischen Volkszugehörigen. Am deutlichsten sind diese Fälschungen dadurch erwiesen, wenn man die Volkszählungsergebnisse mit den Ergebnissen der verschiedenen Wahlen vergleicht.

Es gibt eine Unzahl von Orten, ja ganzen Bezirken, in denen die geheim durchgeführten Wahlen genau das Gegenteil von der öffentlich in Gegenwart eines Regierungskommissars durchgeführten Volkszählung darstellen.

Mehrere Hunderttausend sind sicherlich den Sudetendeutschen zu wenig und den Tschechen zu viel zugerechnet worden. Ganz genau so verhält es sich natürlich auch bei den anderen Völkern der Tschecho-Slowakei. Ueberall haben die Tschechen die Volkszählungen gefälscht.

Gewaltsame Entnationalisierung

Auf die Frage, mit welchen Mitteln die Tschechen den geschlossenen sudetendeutschen Siedlungsraum mit tschechischen Elementen durchsetzten, antwortete Gauleiter Krebs: Die tschecho-slowakische Republik hat auf Grund der Friedensverträge in die Verfassungsurkunde, und zwar im § 134, eine Bestimmung aufnehmen müssen, derzufolge jede Art gewaltsamer Entnationalisierung als unerlaubt und gesetzlich strafbar erklärt wurde.

Allein die Tschechen haben sich um diese Bestimmungen nie gekümmert. Zehntausende Eisenbahner und Staatsangestellte wurden kurzweg entlassen. Durch die Bodenreform gingen zehntausende Quadratkilometer deutschen Bodenbesitzes in tschechische Hände über, d. h. sie wechselten nicht nur ihre ursprünglichen deutschen Besitzer, sondern die neuen tschechischen Bodenbesitzer entließen auf ihrem „gesetzlich" geraubten Grundbesitz sämtliche deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Angestellte und Beamte. Auf den Eisenbahnen und den übrigen staatlichen und staatlich kontrollierten Unternehmungen, wie den Tabakfabriken, den staatlichen Forsten und in anderen Bereichen der Staatswirtschaft wurde das Sudetendeutschtum systematisch und in ununterbrochener Folge um das tägliche Brot gebracht.

Die deutsche Industrie erlebte einen entsetzlichen Niedergang, da die tschechische Außen- und Handelspolitik von allem Anfange an darauf eingestellt war, sie zu vernichten. Hunderte Textilfabriken Nordböhmens, Nordmährens und Schlesiens schlossen für immer ihre Tore. Hunderttausende Arbeiter standen vor den stillgelegten Stätten. Ganze Städte wurden ruiniert, so war in der Textilindustriestadt Zwickau in Nordböhmen seit etwa zehn Jahren fast die gesamte Arbeiterschaft erwerbslos.

Aus der Heimat vertrieben

Es ist ein ununterbrochener Strom Sudetendeutscher, die unter dem Druck der tschechischen Gewaltmethoden in den letzten 20 Jahren ihre Heimat verlassen mußten. In der deutschen Ostmark haben sich etwa 400 000 Sudetendeutsche niedergelassen und auf dem Gebiet des Altreichs sind ebenfalls etwa 200 000 Sudetendeutsche ansässig.

Wie der Bund der Sudetendeutschen in den Vereinigten Staaten erst kürzlich mitteilte, sind nach Nordamerika etwa 100000 Sudetendeutsche ausgewandert, während in die verschiedenen Staaten Südamerikas etwa 50 000 abgewandert sind. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die Gesamtzahl der unter dem tschechischen Druck ausgewanderten Sudetendeutschen heute mindestens eine dreiviertel Million beträgt.

400 000 Tschechen auf deutschen Arbeitsplätzen

Die Frage, mit welchen Methoden die Tschechisierung vorgenommen worden ist, beantwortete Gauleiter Krebs wie folgt:

Mehrere hunterttausend tschechische Siedler sind durch den Bodenraub der Tschechen in das sudetendeutsche Land gekommen. Eine genaue Zahl zu nennen, ist auch in diesem Falle nicht möglich, aber nach der Volkszählung zu schließen, dürfte die gewaltsame Tschechisierung in den sudetendeutschen Gebieten wohl mehr als 400000 Tschechen an die bisher sudetendeutschen Arbeitsplätze gebracht haben.

Der seit 20 Jahren währende Entnationalisierungskampf gegen das Sudetendeutschtum hat jetzt seinen Höhepunkt und seine geradezu internationale Beachtung erlangt. Das Sudetendeutschtum, das immer wieder glaubte, es könne eine Zusammenarbeit mit den Tschechen geben, ist nunmehr endgültig geheilt. Es fordert sein Selbstbestimmungsrecht und die Beendigung einer 20jährigen Quälerei.

Deutsch und frei wollen wir sein!

Der Schaden, den die einzelnen sudetendeutschen Volksgenossen durch die Gewaltpolitik der Tschechen erlitten haben, läßt sich auch nicht im entferntesten feststellen. Aber er wird sicher einmal festgestellt werden müssen. Heute hat das Sudetendeutschtum nur einen einzigen, heißen Wunsch:

Es muß Schluß gemacht werden mit der Versklavungspolitik, die es 20 Jahre lang durch die Tschechen ertragen mußte. Nur ein einziger Ruf schallt aus den Herzen und Hirnen der Sudetendeutschen: Wir wollen endlich frei von der Tschecho-Slowakei sein! Und es gibt kein inbrünstiger gesungenes Lied bei allen Sudetendeutschen als den Kehrreim des Erzgebirgsliedes des leider so früh verstorbenen sudetendeutschen Volksdichters Anton Günther: Deutsch und frei woll'n wir sein!

Die Quälerei muß aufhören

Deshalb die kurze Befristung!

In der Auslandspresse erhebt sich immer wieder die Frage, warum Deutschland darauf besteht, daß das sudetendeutsche Gebiet am 1. Oktober übergeben werden soll. Im Zusammenhang damit werden dann immer wieder Beschwörungen erhoben, die Frist zu verlängern, und Anklagen, daß in der kurzen Befristung eine Härte liege.

Die Welt macht also wieder einmal in Humanität und bedauert die armen Tschechen. Hat sie aber einmal an die Sudetendeutschen gedacht? Hat sie sich die Flüchtlingszahl, die der Führer in seiner großen Rede bekanntgegeben hat, eingeprägt? 214 000 Sudetendeutsche haben Haus und Hof verlassen, sind nur mit dem Allernotwendigsten, das sie in aller Eile zusammenraffen konnten, über die Grenze gezogen. Dort drüben steht ihr Haus und ist den Plünderern und Brandstiftern ausgesetzt; da steht das Vieh im Stall, das vor Hunger brüllt; da liegen die Aecker, die nicht abgeerntet und nicht bestellt werden können; da sind die Gärten, die verwildern und von der Soldateska und dem Mob zertrampelt werden. Nichts haben die Aermsten der Armen mitgebracht als ein unsägliches Leid, tiefe Trauer und Erbitterung über die brutale Gewalt, mit der Benesch das Sudetenland abwürgt. Und als sie flohen, gerieten sie in den Kugelregen der tschechischen Soldateska, die auf sie schoß wie auf wilde Hunde.

Weshalb spricht man nicht davon in der Auslandspresse? Ist denn dieses Leid der Sudetendeutschen überhaupt noch zu übertreffen? Kann man denn den armen Vertriebenen und Gehetzten überhaupt einen Ausgleich schaffen für die Qualen, denen sie zwanzig Jahre lang ausgesetzt waren, und denen sie heute ausgesetzt sind, nachdem sie alles, was sie in Mühe und Fleiß erwarben, zurückgelassen haben? Oder glaubt man etwa in der Auslandspresse, daß die 214 000 Menschen aus Uebermut Hab und Gut im Stich gelassen und bei Nacht und Nebel im Reiche Zuflucht gesucht haben?

Keinen Tag länger!

Sollen wir vielleicht noch Wochen oder gar Monate warten, bis Herr Benesch das Sudetenland bis auf ein paar hunderttausend Menschen entvölkert hat? Sollen wir es vielleicht weiter mit ansehen, wie man Deutsche quält, mißhandelt und mordet? Genug des Blutes und der Qualen!

Diese Sudetendeutschen können gar nicht schnell genug aus dem furchtbaren Joch befreit werden. Und deshalb lassen wir Herrn Benesch nicht etwa noch Monate, bis er sich zur Räumung bequemt. Deshalb die kurze Frist bis zum 1. Oktober! Keinen Tag länger sollen deutsche Menschen den Hussitenhorden wehrlos ausgeliefert sein. Keinen Tag länger darf tschechische Soldateska deutschen Boden zerstampfen und deutsches Gut verwüsten. Deutschlands Langmut hat eine Grenze, und diese Grenze ist erreicht.

Systematische Ausplünderung

Tschechischer Raubzug im Sudetenland.

Die Ausplünderung des Sudetenlandes machte in den letzten Tagen große Fortschritte. Die tschechischen Truppen transportieren alles ab, was überhaupt beweglich ist. Die Textilfabriken und Spinnereien in Braunau müssen stillgelegt werden, weil die gesamten Warenvorräte, Tausende von Ballen Rohbaumwolle, in langen Güterzügen abtransportiert worden sind.

In Halbstadt ist der Abtransport der Rohbaumwollvorräte der Spinnereien ebenfalls im Gange. Ferner wurden nicht nur den größeren Betrieben, sondern auch den Handwerkern alle wichtigen Rohstoffe beschlagnahmt, so daß auch die kleinen Handwerker ihre Betriebe stillegen mußten. Die Beschlagnahme erstreckt sich größtenteils auch auf das Handwerkszeug und die Maschinen, die in allen Teilen abmontiert und verladen werden. Gleiche Beobachtungen wurden in Nachod, Trautenau, Gablonz, Reichenberg und einer Reihe von anderen Orten Ostböhmens gemacht. In den Grenzdörfern und auf den Bauernhöfen sind das gesamte Vieh und alle Pferde beschlagnahmt und in das Innere des Landes getrieben worden. Zum Teil wurde das Vieh an Ort und Stelle geschlachtet und auf Lastkraftwagen verladen. Von der Beschlagnahme wurden auch die letzten Milchkühe und Ziegen der armen Gebirgsbewohner betroffen.

Sie sprengen und zerstören

Nach den Berichten der Grenzstellen sind von tschechischer Seite insgesamt, soweit ein Einblick ins Gelände möglich war, auf der Strecke von Ratibor bis Zittau 214 Eisenbahn-, Straßen- und Wegebrücken gesprengt worden. Ferner wurden viele Gebäude und Bauernhöfe niedergelegt, um Schußfeld zu schaffen. In den Fabriken vieler Grenzbetriebe wurden die Maschinen dadurch unbrauchbar gemacht, daß Eisenstücke in Triebwerke geworfen wurden. Ferner wurden die Treibriemen beschlagnahmt und abtransportiert.

Bei der Abwehr der tschechischen Angriffe auf reichsdeutsches Gebiet bei Schömberg — zur Störung der Uebertragung der Führerrede hatten die Tschechen auch Handgranaten auf reichsdeutsches Gebiet bei Schömberg geworfen — wurden vier tschechische Soldaten erschossen.

„Spezialisten für Massenterror"

Moskau schickt seine Agenten in die Karpato-Ukraine.

Mit einem Sonderflugzeug trafen in Uzhorod mehrere sowjetrussische Offiziere und eine Reihe von bolschewistischen Agitatoren, meistens jüdischer Abstammung, ein, die auf der Kyjiwer „Akademie für kommunistische Agitation" ausgebildet worden sind. Sie sollen bolschewistische Zersetzungsarbeit unter der ukrainischen Bevölkerung in der Karpato-Ukraine treiben.

Die Moskauer Abgesandten haben gleich nach ihrer Ankunft mit den tschechischen Militärstellen (!), mit den Verwaltungsbehörden und den Kommunisten der karpato-ukrainischen Städte Fühlung genommen. Unter den Agitatoren befinden sich „Spezialisten" für Massenterror, die in der Ukraine eine besondere Ausbildung mitgemacht und sich bereits bei Unterdrückung der Bauernaufstände in der Ukraine hervorgetan haben.

Rumburger Bezirk unter SdP.-Verwaltung

Furchtbares Blutbad durch sudetendeutschen Wachdienst verhindert.

Ebenso wie das Ascher Ländchen ist nun auch der Schluckenau-Rumburger Bezirk völlig von tschechischen und kommunistischen Truppen gesäubert und in die Verwaltung der Sudetendeutschen Partei übergegangen. Die Beauftragten der Partei haben alle organisations- und verkehrswichtigen Stellen in ihre Obhut genommen und durch einen von freiwilligen Helfern gebildeten Selbsthilfedienst besetzen lassen.

Die Orte sind gegen das innerböhmische Gebiet vollkommen abgeschnitten, da die Bahnverbindung von Rumburg nach Prag bei Tannendorf an der bekannten Schöber-Linie unterbrochen ist. Der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr mit dem böhmischen Hinterland ist gleichfalls gesperrt, so daß das gesamte Gebiet des Bezirks Schluckenau sowie ein Teil des Rumburg-Bezirks lediglich mit dem Deutschen Reich verbunden sind.

Bei einer Hausdurchsuchung im sudetendeutschen Grenzort Niedereinsiedl fand man in den Wohnungen des Kommunisten Hirsche und des tschechischen staatlichen Bezirksstraßenmeisters Placek eine große Anzahl Eierhandgranaten und sonstige Munition. Wie festgestellt wurde, hatten die beiden Männer beschlossen, die Eierhandgranaten in einen Fackelzug der sudetendeutschen Bevölkerung des Ortes zu schleudern. Nur dem energischen Einschreiten des sudetendeutschen Wachdienstes ist es zu danken, daß hier ein fürchterliches Blutbad verhütet wurde.

Wartet Prag auf das große Wunder?

Neue Kabinettsberatungen in London und Paris.

In den Hauptstädten Englands und Frankreichs ist nach wie vor eine rege politische Tätigkeit zu verzeichnen. In London trat das sogenannte innere Kabinett, bestehend aus Chamberlain, Lord Halifax, Schatzkanzler Simon und Innenminister Hoare, unmittelbar nach der Rede des Führers zusammen, um sie zu prüfen. Später fand eine Sitzung des Geheimen Staatsrats unter dem Vorsitz des Königs im Buckingham-Palast statt. Im Laufe des Dienstagvormittag fand eine Vollsitzung des englischen Kabinetts statt. Auch in Paris erörterte der französische Ministerrat die Lage, wobei Ministerpräsident Daladier einen Bericht über die Londoner Besprechungen gab. Der Auswärtige Ausschuß des französischen Senats ist für Freitagnachmittag einberufen worden. In Brüssel beschäftigte sich das belgische Kabinett mit einer Prüfung der internationalen Lage in ihrer Rückwirkung auf Belgien.

Nach der Rede des Führers ist die Lage klar und eindeutig und die Forderung Deutschlands bestimmt. Nur in Prager Regierungskreisen scheint man immer noch auf ein großes Wunder zu warten. Nach vorliegenden Meldungen wird die Lage in Prag als ernst betrachtet, und es herrsche in Prag die Ueberzeugung vor, daß die letzte Entscheidung über die Annahme der deutschen Forderungen in den Händen Prags liege. Die Prager Regierung werde aber eine endgültige Entscheidung nicht eher fällen, bis sie sich nicht genau über die Entscheidungen Englands und Frankreichs ins Bild gesetzt habe. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang eine Mitteilung der Prager „Bohemia", nach der Prag in den letzten Tagen keinen Schritt ohne die Billigung jener Mächte getan habe, die ihm jene schweren Opfer angetragen hätten.

Warschau prüft die Prager Antwortnote

Die in Warschau eingegangene Antwortnote der Prager Regierung auf die Forderungen der polnischen Regierung bezüglich des Olsagebietes wird in Warschau im ganzen pessimistisch beurteilt. Allerdings wird einschränkend darauf hingewiesen, daß die Note Verhandlungen nicht ausschließt. Insgesamt hat die Note in politischen Kreisen Warschaus einen nachteiligen Eindruck gemacht. Sie verrät aber die Bereitschaft, die Frage einer Abtretung mit Polen zu erörtern.

Die ungarischen Forderungen

Von zuständiger Stelle in Budapest wird mitgeteilt:

Die ungarische Regierung hat am 22. September bei der Prager Regierung einen diplomatischen Schritt unternommen und die Aufmerksamkeit Prags darauf gelenkt, daß die ungarische Regierung bei der Lösung des sudetendeutschen Problems die gleiche Behandlung für die ungarische Volksgruppe erwarte. Der tschecho-slowakische Außenminister Krofta teilte Montag dem ungarischen Gesandten in Prag mit, daß, „obwohl die jüngsten Verhandlungen mit der französischen und der britischen Regierung auf anderer Grundlage geführt wurden als seinerzeit mit den in der Tschecho-Slowakei lebenden Nationalitäten, er trotzdem geneigt ist, mit der ungarischen Regierung freundschaftliche Verhandlungen zu beginnen". An zuständischer ungarischer Stelle wird dazu erklärt, daß diese Mitteilung der tschecho-slowakischen Regierung keine eindeutige Antwort auf die Note der ungarischen Regierung sei.

Und Benesch?

Der Führer hat die durch die Intrigen Prags entstandene Lage in ihrer ganzen Bedeutung und in ihrem ganzen Ernst gekennzeichnet. Seine Rede hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Geduld zu Ende ist und daß er das Recht Deutschlands und der Sudetendeutschen erzwingen wird, wenn es nicht freiwillig gewährt wird. Nun sind die Scheinwerfer der Welt auf Herrn Benesch gerichtet. Er muß dem Rechte freien Lauf lassen, oder er führt die Katastrophe herauf, deren Opfer er sein wird.

Die Presse der gesamten Welt ist sich des Ernstes der Stunde voll bewußt. Die Rede des Führers hat einen ganz gewaltigen Eindruck auf die öffentliche Meinung Europas und der Völker der Erde gemacht, und es kämpfen nun die Meinungen miteinander. Krieg oder Frieden? — das ist die entscheidende Frage, die die ganze Welt bewegt. Dabei kann man, wie auch früher, feststellen, daß die jüdisch-bolschewistische Presse eifrig bemüht ist, die Völker gegeneinander zu verhetzen. Juden und Bolschewisten profitieren allein, wenn die Nationen sich einander zerfleischen. Ein kleiner Prozentsatz von Männern, die mit Geld und großem Einfluß über freimaurerische Organisationen gerüstet sind, will den Krieg. Ihre Mitläufer sind kommunistisch verseuchte Volksteile. Es sind die Dummen, die nicht alle werden. Denn sollte es wirklich einen Krieg geben, dann wird dieser Krieg auf ihrem Rücken ausgetragen. Es gibt aber auch sehr große Teile des Auslandes, die den Frieden wollen und die den Forderungen Hitlers die Berechtigung nicht versagen können. Diese Kreise stehen im Kampfe gegen die jüdisch-bolschewistische Hetze, und man kann nur wünschen, daß sie den Sieg davontragen mögen.

Die letzte Hoffnung aller Kriegshetzer in der Welt ist aber Herr Benesch, ihr „Agent provocateur" seit 1924, seit dem ersten Versuch, durch das sogenannte Genfer Protokoll den Zwang von Versailles gegenüber Deutschland zu verewigen. Er war in London dabei, er war maßgebend dabei, als der Bolschewismus in den Völkerbund eintrat. Er hat schon im Jahre 1917 in einer Freimaurerloge in Paris den „Plan zu jenem Völkerbund" entworfen, der ein Zwangsinstrument gegen Deutschland werden sollte. Damals hat Benesch diesen Völkerbund nach Prag haben wollen. Benesch ist der letzte mit Lügen und Intrigen arbeitende Verteidiger des Diktats von Versailles, nachdem Clemenceau und Poincaré die Augen geschlossen haben. Die Völker der Erde und ihre Regierungen sollten es sich aber klar vor Augen halten, daß es gar nicht gegen die Tschechen geht, sondern daß es gegen Benesch und diejenigen Kriegshetzer geht, die ihn noch am Ruder halten. Denn diese Vernunft sollte sich in der Welt durchsetzen, daß ein Weltkrieg um Beneschs Lügen ein Wahnsinn wäre, ein Wahnsinn, den die europäischen Nationen teuer bezahlen müßten.

Benesch ist der Mann, der den Krieg will und aus Eitelkeit und Machtsucht bereit ist, sein eigenes Volk in tiefstes Unglück zu stürzen. Benesch ist schuld an der Haltung der Prager Regierung, nicht das tschechische Volk. Der Benesch, der in seinem Leben immer viel versprochen und nie etwas gehalten hat, der Benesch, der bereit ist, durch ein Meer von Blut zu gehen und sein Volk der Vernichtung auszuliefern. Sein Haß wird aber nicht geteilt vom größeren Teil des tschechischen Volkes. Benesch hat niemals mit der Waffe in der Hand dem Feinde gegenübergestanden, niemals in der tschechischen Legion gekämpft, sondern sich mit falschem Paß über die Grenze gedrückt. Den Kampf mit der Waffe überließ er stets den von ihm Verführten. Er selbst führte ein elegantes Leben in den westeuropäischen Städten, als ob es für ihn überhaupt keinen Krieg gäbe, die Rechnung aber bezahlten die anderen. Auch jetzt rasselt er wieder mit dem Säbel und will andere Völker zur Befriedigung seines Hasses ins Verderben stürzen. Er selbst riskiert nichts dabei. Im Prager Parlament ist schon 1929 darauf hingewiesen worden, daß Benesch sein ganzes im Laufe der Jahre zusammengerafftes Vermögen an französische Banken verschoben habe. Ein Flugzeug steht in Prag für ihn bereit, um ihm die Flucht in seine Wahlheimat Moskau zu ermöglichen. Das ist Herr Benesch, der heute Herr über Krieg und Frieden in Europa ist und den militaristische Kreise in London und Paris schützen zu müssen glauben. England und Frankreich und ihre Regierungen tragen eine ungeheure Verantwortung für das Schicksal Europas, wenn sie nicht alles versuchen, um Herrn Benesch noch im letzten Augenblick zur Vernunft zu bringen.

Europa braucht Wahrheit und Klarheit und in diesen Tagen besonders ruhige Nerven. Die Engländer und Franzosen wollen den Krieg sicher nicht. Das deutsche Volk hat selbst nichts gegen das tschechische Volk und will mit ihm im Frieden leben. Allerdings kann es auf seinen unabdingbaren Anspruch nicht verzichten. Auch die Tschechen wollen nicht in den Tod gehen, weil Herr Benesch als großer Hasardeur der Weltpolitik alles auf eine Karte setzt. Es geht nicht gegen die Tschechen, es geht gegen Benesch. Das mögen sich auch die Staatsmänner in London und Paris gesagt sein lassen, die mit gutem Willen für den Frieden sich einsetzen, die sich aber aus dem Netz nicht befreien können, das durch Benesch und seine zwanzigjährige Arbeit in Genf, in Paris, in London und in Moskau die Kriegshetzer um sie geworfen haben. Benesch hat den englisch-französischen Plan angenommen. Er windet sich jetzt, die praktische Durchführung dieses Planes zu verwirklichen. Europa steht fünf Minuten vor Zwölf. Die Welt wartet auf die Entscheidung und die Antwort des Herrn Benesch. Wenn er nicht völlig von allen guten Geistern verlassen ist, dann gibt es für ihn nur die Entscheidung, den Sudetendeutschen ihr Recht und die Freiheit auf friedlichem Wege zu geben.

Eindringliche Warnung Flandins

Die französische Armee kann nicht an drei Fronten kämpfen.

Die französische Zeitung „Temps" veröffentlicht eine Zuschrift des ehemaligen Ministerpräsidenten Flandin, der die Aufmerksamkeit der Leserschaft auf die Kehrseite eines etwaigen militärischen Eingreifens Frankreichs in den Konflikt zwischen den Sudetendeutschen und der Tschecho-Slowakei lenken soll.

Aus allen möglichen Gründen, die Flandin vor der Kammer darzulegen beabsichtige, lehne er persönlich jede Intervention ab. Er wolle hoffen, daß Frankreich nicht der vollendeten Tatsache eines Krieges gegenübergestellt werde, bevor die Volksvertreter sich hätten äußern können. Wenn die Regierung aber vorschlage, daß Frankreich dem tschecho-slowakischen Staat eine militärische Unterstützung bringe, so sei es klar, daß diese Hilfe nur unter der Bedingung zugestanden werden könne, daß Frankreich eine äquivalente militärische Unterstützung durch Anwendung des Artikels 16 des Genfer Paktes von den anderen Unterzeichnerstaaten gewährt werde — soweit sie noch die Gültigkeit dieses Paktes anerkennten —, und zwar besonders durch das britische Imperium. Es verstehe sich von selbst, daß die französische Regierung eine allgemeine Mobilmachung nicht anordnen könne, solange nicht von England eine gleiche Maßnahme ergriffen sei.

England müsse in loyaler Form davon unterrichtet werden, daß die französische Armee allein oder mit Unterstützung eines kleinen Kontingents nicht die Lasten von Operationen zu Lande auf drei verschiedenen Fronten tragen könne. Jedermann wisse, daß die französischen Jahrgänge 1914 bis 1919, die zuerst eingezogen werden würden, mit den Jahren der Geburtenunterschüsse zusammenfielen. Die französische Rasse würde sich selbst als Siegerin schwerlich von den gewaltigen Menschenverlusten wieder erholen, die eine Infanterieschlacht mit sich bringen würde.

Politische Rundschau

Gauleiter Krebs zum Ministerialrat ernannt. Der Führer und Reichskanzler hat den Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, Gauleiter Hans Krebs, dem kürzlich die Leitung der sudetendeutschen Flüchtlingshilfe übertragen wurde, zum Ministerialrat ernannt.

Gutes Licht — gute Arbeit. Am 29. September wird in München auf der Reichstagung der deutschen Lichttechniker vom stellvertretenden Leiter des Amtes „Schönheit der Arbeit" in der DAF., Steinwarz, ein Rechenschaftsbericht über die Arbeit auf diesem Gebiete gegeben und gleichzeitig das neue Arbeitsjahr der Aktion „Gutes Licht — gute Arbeit" eröffnet.

Lokales

Gedenktage für den 30. September.

1681: Die Franzosen besetzen widerrechtlich Straßburg. — 1857: Der Dichter Hermann Sudermann in Matzicken, Ostpreußen geb. (gest. 1928). — 1863: Der Admiral Reinhard Scheer in Obernkirchen, Hessen-Nassau, geb. (gest. 1928).

Sonne: A. 5.58, U. 17.42; Mond: A. 13.03, U. 21.31 Uhr.

Michaelistag

Einer der wichtigsten Lostage des September ist der Michaelistag. Dieser Tag war, ganz besonders im Mittelalter, der Termin für vielerlei Abgaben und Zinsen, für den Wechsel der Dienstboten, Knechte und Mägde. An manchen Orten ist er ein bedeutender Markttag. Oft tritt der Michaelstag überhaupt für die Bezeichnung des Herbstes ein, so oft bei den Schulzeugnissen, die es zu Michaeli, d. h. im Herbst gibt. Die Handwerker begannen früher in immer wieder sich erneuerndem Brauch, an diesem Tage bei Licht zu arbeiten; er wurde dann festlich begangen beim „Lichtbraten" und dem abendlichen „Lichterball".

In die zweite Septemberhälfte fällt die Haupternte unseres Obstes, vor allem der Aepfel und Birnen. Es gibt da einen hübschen, aufschlußreichen und lehrreichen Bauernspruch: „Der Lenz tut die Aepfel schmalzen, St. Jakob (25. 7.) sie salzen, der Bartel (24. 8.) gibt ihnen den Geschmack, und der Michel (29. 9.) bricht sie ab."

Auch die Eicheln reifen nun, und überall werden die Schweine in die Wälder geschickt, um sich an Ort und Stelle des nahrhaften Reichtums zu mästen an den im Windeswehen von den Bäumen herniederprasselnden, grünlichbraunen Früchten. Bauernweisheit will wissen: „Viel Eicheln um Michaelis, viel Schnee um Weihnacht."

Und immer reifer und süßer wird der Wein in den Spalieren. Hellgrün, gelb und blau hängen die Trauben zwischen den Blättern, und der weiße, samine Hauch der Schalen birgt die mit jedem Tage köstlicher werdende Saftfülle und Süße in verlockendem Reichtum. Die Wespen merken es wohl und fliegen eifrig ab und zu. Wie hieß doch ein alter Spruch? „Wenn Felix nicht glückhaft, der Michel keinen Wein schafft."

Auch für den Winterbeginn ist der Michelstag wichtig, sagt doch eine Bauernregel, daß es nicht vor Weihnachten Winter wird, wenn die Zugvögel nicht vor Michaeli ziehen."

Krankengeld bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit. Nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers ist die Zahlung von Krankengeld an Versicherte, die auf Veranlassung des Gesundheitsamtes wegen in ihrer Familie oder im gleichen Hause aufgetretener Fälle von spinaler Kinderlähmung vorübergehend ihrer Arbeitsstelle fernbleiben müssen, als Vorbeugungsmaßnahme anzusehen, für welche die Krankenkassen Mittel verwenden dürfen. In gleicher Weise soll in allen anderen Fällen von ansteckenden Krankheiten verfahren werden, in denen zum Zwecke der Seuchenbekämpfung ein zeitweiliges Fernbleiben des Versicherten von der Arbeitsstätte erforderlich ist.

„Sport macht Spaß." Im Zuge der zur Förderung und einheitlichen Ausrichtung der Leibeserziehung in der Schule getroffenen Maßnahmen hat der Reichserziehungsminister die Schaffung eines für die untersten Klassen der Volksschule bestimmten kindertümlichen und reich bebilderten Sportbuches angeregt, das dazu beitragen soll, bereits in der jüngsten Schuljugend die Freude und Begeisterung an den Leibesübungen zu wecken. Unter dem Titel „Sport macht Spaß" haben Oberregierungs- und Schulrat Freund und Studienrat Gröger unter Mitarbeit von Rektor Palm ein solches Buch verfaßt. Der Reichserziehungsminister hat das Buch als Klassenlesestoff für das zweite und dritte Grundschuljahr genehmigt und die Einführung an möglichst vielen Schulen empfohlen.

Das Wetter

bleibt weiter heiter und wird mit den absinkenden Luftmassen nur geringe Temperaturunterschiede aufweisen.

Im Riesengebirge ist Ruhe.

Im gesamten Riesengebirgs-Gebiet zeigt sich zur Zeit verhältnismäßige Ruhe. Nur vereinzelte Flüchtlinge überschreiten die Grenze und zeigen einige Bauden sogar den Besuch von Nachtgästen wieder auf.

Krummhübel.

Zu einem Feuer, das leicht hätte schwere Folgen haben können, kam es auf dem Grundstück des Baugeschäftes Ende. Beim Anheizen der Maschine hatte durch Funkenflug ein Holzanbau Feuer gefangen, wodurch die Papierfabrik Birkigt in schwerste Gefahr geriet, da die Flammen zu ihr drängen und ein Oelfaß auf dem Fabrikgelände auch in Brand geriet. Mit 7 Motorspritzen konnte dann der Brand lokalisiert werden. Jedoch ist der Dachstuhl des Ende'schen Privathauses gleichfalls ein Raub der Flammen geworden.

Glogau. Unter dem Verdacht der Rassenschande ist hier durch die Kriminalpolizei der 46jährige Jude Samuel Rotholz aus Glogau festgenommen worden. Der Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Glogau erließ gegen Rotholz Haftbefehl. Der Jude, der schon längere Zeit unter Verdacht stand, war gerade im Begriff, Glogau zu verlassen, als seine Festnahme erfolgte.

Herrnstadt. Leichtsinniger Schütze. Zwei Jungen vergnügten sich damit, mit einer Luftbüchse nach Sperlingen zu schießen. Dabei legte einer von ihnen plötzlich auf ein Schulmädchen an und rief: „Weg oder ich schieße!". In diesem Augenblick löste sich ein Schuß, und die Kugel drang dem Mädchen in die Stirn. Es wurde schwerverletzt dem Krankenhaus zugeführt.

Peterswaldau. Feuer in einer Baumwollspinnerei. In der Putzerei der Baumwollspinnerei Rector brach Feuer aus. Nach dreiviertelstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr den Brand eindämmen, nachdem die Belegschaft bereits mit Handfeuerlöschern und eigenen Schlauchleitungen Löschversuche unternommen hatte. Der Schaden wird auf mehrere tausend Mark geschätzt.

Neiße. Kind ertrunken. Beim Spiel in der Nähe des Dorfbaches stürzte das dreijährige Söhnchen des Rentners Stephan in Bechau (Kreis Neiße) in den Bach. Bevor Hilfe zur Stelle war, ertrank das Kind. Die Leiche wurde geborgen. — Dem Reichsbahnschaffner i. R. August Malich in Deutsch-Wette (Kreis Neiße) wurde in diesen Tagen das fünfzehnte Kind geboren. Sämtliche Kinder befinden sich am Leben.

Neiße. Zwei Tote bei Verkehrsunfall. Auf der Fahrt von Neiße nach Glatz geriet ein Neißer Kraftwagen in einer Kurve der Landstraße ins Schleudern und raste gegen einen Baum. Die beiden Insassen des Wagens, Günter Stief und Josef Kadlubski, beide aus Neiße, erlitten so schwere Verletzungen, daß sie kurze Zeit nach dem Unfall starben.

Aus aller Welt

Handtaschendieb an Gräbern. Eine besonders gemeine Gesinnung legte der 29jährige Paul Niemtschke an den Tag. Er scheute nicht einmal davor zurück, Friedhöfe zum Schauplatz seiner Diebereien zu machen. Er rechnete mit der Unvorsichtigkeit der Frauen, die an den Gräbern ihrer Lieben oft genug arglos die Handtasche liegenlassen, wenn sie zum Brunnen gehen, um Wasser zum Begießen des Grabes zu holen. N. schlich sich inzwischen an das Grab und plünderte die Handtaschen aus. Seine Arbeit in Dresden hatte er aufgegeben, weil dort angeblich seine Vorstrafen zu bekannt waren. Nach einem Besuch seiner Mutter in Schlesien wandte er sich dann nach Berlin. Das Berliner Schnellschöffengericht griff energisch durch und erkannte diesmal auf ein Jahr sieben Monate Zuchthaus, vier Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Familienzuwachs beim Reichsjugendführer. Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach und seine Gattin zeigen die Geburt eines gesunden Jungen an. Es ist dies das dritte Kind des Reichsjugendführers.

Geburtstagsflug dreier Omas. Der Flughafen Halle-Leipzig hat bei Rundflügen einen Höhenrekord besonderer Art aufgestellt. Drei Fluggäste im Gesamtwert von 270 Jahren wurden bei einem Rundflug befördert, drei alte Damen nämlich, die 90 Jahre alt geworden sind und ihren Geburtstag in den Lüften begingen. Eine der Omas hatte sich diesen Flug ausdrücklich gewünscht. Mit 85 war sie noch Motorrad gefahren, mit 90 wollte sie nun fliegen. Auch ihren Wunsch für den 100. Geburtstag hat sie schon angemeldet, dann möchte sie gern mit dem Luftschiff nach Amerika.

An alle Volksgenossen!

Die Ortsgruppe Bad Warmbrunn der NS.-Frauenschaft wird am heutigen Mittwoch und morgigen Donnerstag für die sudetendeutschen Flüchtlinge eine Sammlung in Taschentücher und Handtücher durchführen. Es hat sich in den Flüchtlingslagern gezeigt, daß gerade diese so dringend benötigten Gebrauchsgegenstände vollkommen fehlen. Da der vorige Sonnabend die große Gebefreudigkeit der gesamten Bevölkerung unter Beweis gestellt hat, darf angenommen werden, daß auch diesmal die Sammlung sich zu einem einzigartigen Erfolg gestaltet. Die Blockleiterinnen der NS.-Frauenschaft dürfen an keiner Türe vergeblich anklopfen. Jeder gibt freudig, was er entbehren kann.

Ueber 1100 Morgen Neuland in der Eifel. Die umfangreichen Möglichkeiten zur Ausweitung des bäuerlichen Lebensraumes veranlaßten die maßgeblichen Stellen, insbesondere die Kreisverwaltung und das Kulturamt Adenau, sich der Förderung der Landeskultur in besonderem Maße zuzuwenden. Schon vor fünf Jahren wurde ein Projekt in Angriff genommen, das die Kultivierung und Verbesserung von mehreren zehntausend Morgen Land vorsah. Bis 1937 sind bereits rund 10 000 Morgen Neuland gewonnen worden einmal durch Umgestaltung von Oedland, zum anderen durch Meliorationen. In diesem Jahre wurden die Maßnahmen planmäßig fortgesetzt. Wieder konnten 1100 Morgen Neuland durch Oedlandkultivierungen und Waldrodungen erschlossen werden. Das Neuland bildet die Grundlage für neue Erbhofsiedlungen.

Die Mundarten im Buch. Durch den Mundartenwettstreit „Der Goldene Spatz von Wuppertal" wurde auf das deutsche Mundartschaffen im Frühjahr zum zweiten Male hingewiesen. Die Förderung des deutschen Mundartschrifttums soll nun dadurch erweitert werden, daß im Einvernehmen mit dem Landeskulturwalter Düsseldorf ein Sammelwerk herausgegeben wird, das von den namhaftesten Mundartdichtern und -schriftstellern der großdeutschen Landschaften charakteristische Beiträge enthält. Das Buch soll noch vor dem nächsten Mundartenwettstreit in Wuppertal im nächsten Frühjahr erscheinen.

Wespennest im Bett. Die Wespen haben sich vielerorts in diesem Jahre zur Plage entwickelt. In der württembergischen Gemeinde Calmbach hat sich ein Wespenschwarm ausgerechnet im Bett eines Gastzimmers eingenistet, zwischen Matratze und Deckbett. Ein Glück, daß das Nest entdeckt wurde, ehe sich ein Gast ahnungslos in dieses Wespennest legte. Die Schädlinge mußten mit Schwefeldämpfen ausgeräuchert werden. Das Bett war teilweise unbrauchbar geworden.

Gerichtliches

Fünf Jahre Zuchthaus wegen Abtreibung.

Wegen gewerbsmäßiger Abtreibung in sechs Fällen und versuchter Abtreibung sowie wegen Sittlichkeitsverbrechens verurteilte das Glatzer Schwurgericht den praktischen Arzt Dr. Anlauf aus Bad Landeck zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Sechs Monate der Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet.

Mandschurische Gäste bei Ribbentrop

Verleihung deutscher Ordensauszeichnungen.

Die mandschurische Freundschafts- und Wirtschaftsmission, die sich gegenwärtig in Berlin aufhält, folgte einer Einladung des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, in das Hotel Kaiserhof. Im Auftrage des Führers überreichte Reichsminister von Ribbentrop den Mitgliedern der mandschurischen Mission deutsche Ordensauszeichnungen, darunter dem Präsidenten Wirtschaftsminister Han Yun Chiech das Großkreuz des Verdienstordens vom Deutschen Adler.

Ausbau des Antikominternpaktes?

Entschließung eines japanischen Patriotenverbandes.

In einer Entschließung an die japanische Regierung forderte der patriotische Verband „Meirin Kai" den weiteren Ausbau des Antikominternpaktes angesichts der durch die Prager Politik verschärften allgemeinen Lage.

Die Entschließung, die vom Präsidenten des Verbandes, General Tanaka, unterzeichnet ist, wurde dem Ministerpräsidenten und den Ministern einzeln überreicht.

Im Reiche der Dreitausender

Eine Reiseschilderung von Horst Zencominierski.

5. Fortsetzung.

Kaprun.

Nun schreite ich zu Tal, über die Berglehnen und Almen, stärke mich in einer Jausenstation und jause bei einem guten Glas Milch und dem zünftigen Imbiß dazu. Dann kommt wieder Zell und da promeniert man nun über die Seeterrassen, geht zum Tanz in die netten Vergnügungsstätten, läßt sich im Strandbadbraun brennen oder wandert rings um den See herum (4 Stunden brauche ich dazu), um vielleicht in Thummersbach kurz einzukehren. Mal geht es hinauf auf die Erlhofplatte, dann wieder wandere ich nach Kaprun, jenem lieblichen kleinen, viel von KdF. besuchten Gebirgsort. Hoch sehen hier die Gletscher in's Tal und mächtig steht das alte Schloß auf seinem Bergvorsprung. Der Weg führt mich zum Kesselfall, der inmitten einem prachtvollen Naturpark liegt, und tief atmend genieße ich die würzige Luft, die in dieser windgeschützten Gegend so besonders kräftig ist. Von hier aus geht es zur 1900 Meter hoch gelegenen Salzburgerhütte oder zur Krefelderhütte (2290 m) am Kitzsteinhorn und in 5 Stunden erreicht man die Glektwitzerhütte. Alpenrosen zieren die Hänge und wenn wir wieder heimkehren, dann freuen wir uns, etwas gesehen zu haben, das in seiner imponierenden Schönheit einen unvergeßlichen Eindruck in uns wachhalten wird. Noch eins sei hier verraten, daß Generalfeldmarschall Göring bei Kaprun unlängst den ersten Spatenstich zu einer großen Talsperre getan hat, dessen Kraftwerk einst dieses Land, und weit darüber hinaus, mit Elektrizität versorgen soll.

Mal wandere ich am See hinaus zu einem Einsiedler, der kurz vor dem Friedhof, der idyllisch gelegen ist, seine Hütte hat. Und dann wieder muß ich eine Wahrnehmung machen, die mich besonders interessierte. Da Zell keine eigene Heimatzeitung hat, hängt man die Trauerbriefe, die hier mit breiten, auffälligen Trauerrändern gedruckt werden, öffentlich beim Fleischer oder Bäcker aus, um so Bekannten und Verwandten der Toten den Tag der Beerdigung bekannt zu geben. Eine Sitte übrigens, die ich auch in anderen Teilen Oesterreichs feststellen konnte.

Zell am See mit „Steinernem Meer".

phot. Archiv.

Herrlich ist auch ein Ausflug mit der Kleinbahn nach Krimml, das im Westabschnitt des Pinzgaues liegt und durch seine Wasserfälle berühmt geworden ist. 400 Meter tief stürzen sie zu Tal und die schattigen Nadelwälder geben auch dieser Gegend ein herrliches Klima. Krimml bietet auch dem geübten Bergsteiger alles, was er wünscht. Bequeme Wanderungen von Hütte zu Hütte, leichte, mittlere und schwere Gipfel, ja bis zur schwersten „Schlosserarbeit" (ein fabelhafter Fachausdruck der Hochalpinisten), im Fels für den Zünftigen. Da schaut wieder der Großvenediger zu uns herab, da haben wir die Dreiherrenspitze und da grüßt die Schieferspitze.

Viele Ausflüge kann man noch von Zell am See machen. Das Glück verschaffte mir die Bekanntschaft mit einer Dame, die ihren schnittigen Sportwagen in die Sommerfrische mitgebracht hatte, und so ging es fast täglich wo anders hin. Mal besuchten wir die Salzburger Seen, den Wolfgang-See, das „Weiße Rössel", den Mondsee und den Attersee, mal gondeln wir nach Mitterfill und St. Gilgen, nach Mayrhofen und dann geht es wieder nach Saalfelden oder Lofer, nach Gastein und an den Tauern vorbei nach Radstadt.

Fortsetzung folgt.

Zwei Trabanten Moskaus.
Der Hochgradfreimaurer Benesch und der von Moskau kommandierte Oberbolschewik Syrovy, die ganz Europa in ein neues Chaos stürzen wollen.
Weltbild (M)

„Man muß Berlin bombardieren können"

Ein französischer Kriegshetzer über das tschechische Problem.

In dem Pariser Blatt „Epoque" beschäftigt sich der Bruder des berüchtigten Henri de Kerillis mit einem kaum zu überbietenden Zynismus mit der Rolle, die die Tschecho-Slowakei in den Berechnungen gewisser kriegshetzerischer deutschfeindlicher Kreise in Frankreich spielt.

Hervé de Kerillis schreibt, viele Franzosen stellten sich die Frage, ob man sich für die Tschecho-Slowakei schlagen müsse. Man sollte sich aber lieber fragen, ob Frankreich ein überzeugendes Interesse daran habe, daß die Tschecho-Slowakei bestehe und Frankreichs Verbündeter sei. In diesem Falle würde die französische Antwort unbestreitbar bejahend sein.

Die Tschecho-Slowakei sei ohne Zweifel in dem französischen Spiel eine „wundervolle strategische Karte", die mit dem Auftreten der Luftwaffe einen beträchtlichen Wert gewonnen habe. Das böhmische Land mit seinen weiten Ebenen sei ein wunderbarer Ausgangspunkt für die Luftwaffe. Dieser Ausgangspunkt sei 160 Kilometer von Berlin, also für ein modernes Flugzeug nur eine halbe Flugstunde, weit entfernt. Es sei offensichtlich, daß dieser Tatbestand den Nachteil wesentlich ändere, der sich daraus ergebe, daß Paris nur 300 Kilometer von der Ostgrenze, Berlin aber 600 Kilometer von der Westgrenze des Landes entfernt sei. Man müsse Berlin bombardieren können.

Diese Möglichkeit ergebe sich durch die verbündete tschechische Armee. Man dürfe nicht vergessen, daß bei der Regelung der tschecho-slowakischen Angelegenheit die „Sicherheit Frankreichs" auf dem Spiele stehe. Böhmen habe für Frankreich in Mitteleuropa im Hinblick auf die Luftwaffe den gleichen Wert wie die Insel Malta für England im Mittelmeer. Böhmen sei der unerläßliche Stützpunkt für weitreichende Operationen, zu denen sich ganz besonders das Flugzeug eigne.

Wenn die Tschecho-Slowakei sich bereit erkläre, neutralisiert und ihrer wesentlichen Grenzen beraubt zu sein, so werde der Frieden von heute gerettet. Man verheimliche sich jedoch nicht, daß sich daraus eine fühlbare Schwächung des französischen militärischen Potentielle ergebe.

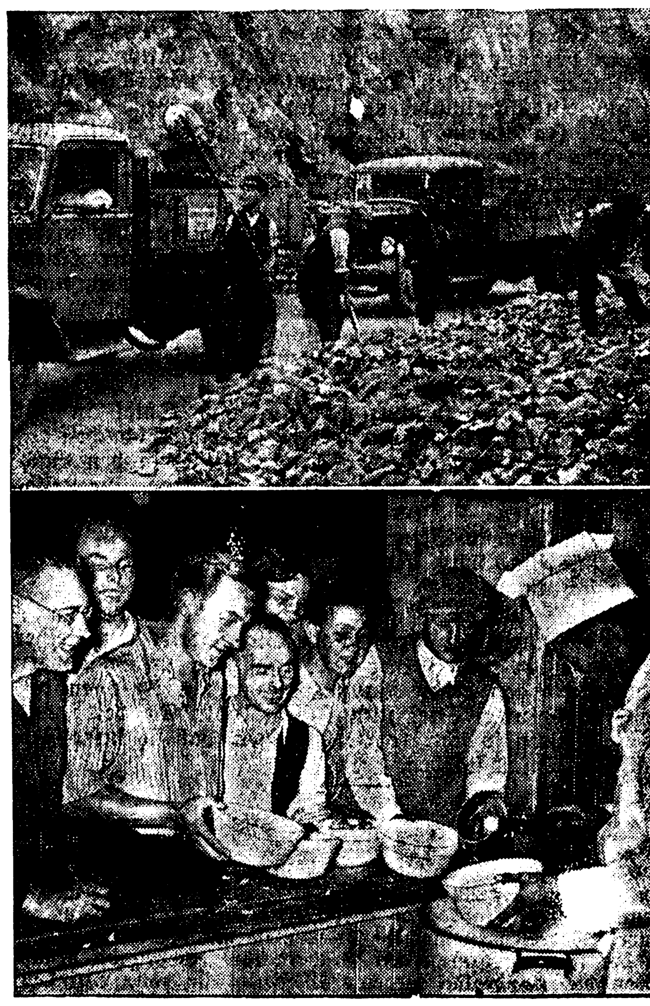
Die Berufsgliederung der Schaffenden

Die Landarbeiterzahl zurückgegangen.

Aus der großen Arbeitsbucherhebung der Arbeitsämter werden von der Reichsanstalt weitere Auswertungsergebnisse bekanntgegeben. Daraus ergibt sich insbesondere die berufliche Gliederung der über 22 Millionen Arbeitsbuchpflichtigen. Rund 18 Millionen von ihnen sind Arbeiter, gut 4,2 Millionen Angestellte. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe unter den Angestellten wie überhaupt unter den Arbeitsbuchpflichtigen stellen die kaufmännischen und Büroangestellten mit fast 3,2 Millionen Personen dar. Auf 100 Arbeitsbuchpflichtige entfallen 19 Angestellte, und von den Angestellten sind reichlich 60 Prozent Männer.

Ein Vergleich mit der Berufszählung von 1933 zeigt, daß in den Angestelltenberufen ein weiteres Vordringen der Frauenarbeit nicht stattgefunden hat. Bei den Arbeiterberufen besteht angesichts des Kräftemangels und der Landflucht für die landwirtschaftlichen Berufe besonderes Interesse. 2 185 000 Arbeitsbuchpflichtige, darunter 800 000 Frauen, wurden in den landwirtschaftlichen Berufen gezählt. Im Vergleich zu 1933 ist die Zahl der eigentlichen Landarbeiter um rund 165 000 zurückgegangen. Am stärksten ist der Rückgang bei den Männern, die hauptsächlich zur Industrie abgewandert sein dürften. Durch Heranziehung ausländischer Wanderarbeiter wurde der Ausfall teilweise ausgeglichen.

Eine ebenso starke Berufsgruppe stellen die hauswirtschaftlichen Berufe dar, in denen 2 179 000 Personen tätig sind. Die häuslichen Dienste sind die stärkste Frauenberufsgruppe. 2 151 000 Hausgehilfinnen, Aufwartefrauen usw. gehören ihr an. Fast 30 Prozent aller weiblichen Arbeitsbuchpflichtigen stehen danach in den Berufen der Hauswirtschaft. Bei den gewerblichen Berufen stehen die gelernten und angelernten Metallarbeiter an erster Stelle. Von den 2 871 000 Angehörigen dieser Berufsgruppe sind nur 198 000 Frauen. Seit 1933 ist die Zahl der Metallarbeiter beträchtlich angewachsen, ebenso die der Baufacharbeiter, deren Zahl mit 1 177 000 ermittelt worden ist. Die Frauenarbeit spielt namentlich in Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe eine Rolle. Von den rund 1½ Millionen Berufsangehörigen der beiden Gruppen sind in der Textilindustrie 60, im Bekleidungsgewerbe 62 Prozent Frauen. Die Zahl der ungelernten Arbeiter ist mit 2 458 000 oder 13 Prozent aller Arbeiter ermittelt worden.



Befestigungen, die Deutschlands Westgrenze schützen.
Hunderttausende von Volksgenossen sind bei den Befestigungsarbeiten an Deutschlands Westgrenze beschäftigt, und unaufhaltsam gehen die Arbeiten voran, die der Führer zum Schutze Deutschlands angeordnet hat. Oben: Arbeiter in einem Steinbruch, die das für die Befestigungen nötige Material herbeischaffen. Unten: Nach getaner Arbeit schmeckt das Essen noch einmal so gut. In den Lagern wird eine gute kräftige Hausmannskost verabreicht.
Weltbild (M)

Sport

Der erste Sportappell der Betriebe

Ueber 15 000 Gefolgschaften beteiligt.

In allen Gauen des Reiches wird bis zum 1. Oktober der erste Sportappell der deutschen Betriebe abgeschlossen sein, den Reichsorganisationsleiter Dr. Ley auf Vorschlag des Reichssportführers von Tschammer und Osten verkündet hatte. Es haben im ganzen über 15 000 deutsche Betriebe mit mehr als 2,3 Millionen teilnahmefähigen Gefolgschaftsmitgliedern ihre Beteiligung an diesem ersten Sportappell angemeldet. An der Spitze marschiert Berlin mit rund 214 000 Teilnehmern. Dann folgen Sachsen mit 200 000, Westfalen-Süd mit 180 000, Württemberg-Hohenzollern mit 150 000, Halle-Merseburg mit 150 000, Hessen-Nassau mit 135 000, Schlesien, Magdeburg-Anhalt und Saarpfalz mit je 100 000, die Kurmark und Düsseldorf mit je 80 000, München-Oberbayern mit 60 000 und Essen und Westfalen-Nord mit je 50 000 Teilnehmern.

Das sind Zahlen, die für sich selber sprechen, wobei man außerdem in Betracht ziehen muß, daß in diesem Jahr die Frauen zum Sportappell der Betriebe noch nicht herangezogen worden sind. So groß der Erfolg auch war, so stellt er doch nur einen Anfang dar. Durch diesen Sportappell sollen von nun an alljährlich die schaffenden Volksgenossen auch auf diesem Gebiete gesundheitlich überprüft werden.

Deutschland braucht Rohstoffe, kein Altmaterial darf daher verloren gehen.

Der Knochen ist ein wichtiger Rohstoff.
Die Schulen sammeln Knochen.

Wichtige inländische Rohstoffe gehen täglich durch Verkommenlassen von Altmaterial verloren.

Film, Kunst und Theater

Die Preußenhof-Lichtspiele bringen in ihrem neuen Programm nächst der Ufa-Woche, einen sehr interessanten Kulturfilm aus dem Leben unserer HJ., sowie einen Kurzfilm, der uns Bilder aus Wien zeigt, und einen Abenteuerfilm „Der unmögliche Herr Pitt". Es würde die Spannung nehmen, über diesen Film mehr zu schreiben, als wir es diesmal tun. Wir sagen dieser unmögliche Herr Pitt (Harry Piel) ist ein fa-

Nr. 24 Foto: Ariel / Terra
Harry Piel — einmal anders. Er bleibt aber auch in seinem neuen Terrafilm „Der unmögliche Herr Pitt" der Harry, den wir immer wieder gern sehen

moser Kerl und seine Partnerin Hilde Weißer paßt genau so gut zu ihm, wie Willy Schumann als sein treuer Begleiter. Ein Film, der uns von Anfang an in Spannung hält und den großen Vorteil gegenüber anderen Abenteurerfilmen besitzt, daß diese entsprungenen Sträflinge uns in eine Gegend führen, die mit ihren Naturaufnahmen bereits dem Film ihr besonderes Gepräge geben. Also in wenigen Worten: ein Erfolgsfilm. H. Zencominierski.

NSDAP

NSV.-Nähstube.
Jeden Dienstag, von 15—18 Uhr, findet in unserer Nähstube, Schloßstraße 5, die Beratung in allen Näharbeiten durch eine bewährte Leiterin statt. Jede Frau, welche Rat braucht, soll hier nähen können.

NSKOV.
Die geplante „Fahrt ins Blaue" findet nicht statt.

Verlagsleitung: Lucie Schmitz-Fleischer.
Hauptschriftleitung: Lucie Schmitz-Fleischer. (dienstlich beurlaubt)
Schriftleiter Horst Zencominierski (Vertreter der Hauptschriftleiterin).
Verantwortlich für Politik, Kultur, Kunst und Wissenschaft: Lucie Schmitz-Fleischer (beurlaubt). i. V. Horst Zencominierski; für Kommunalpolitik, Provinz, Heimatteil, Berichterstattung sowie Unterhaltungs-, Handels- und Sportteil, und Buchbesprechung: Horst Zencominierski — Anzeigenleitung: H. Zencominierski, sämtlich in Bad Warmbrunn..
Anzeigenpreisliste Nr. 4. — D. A. 8. 38: 460.

Weshalb Scholtz-Kaffee? Weil er vorzüglich und stets frisch ist.

Dein Heimatblatt die Warmbrunner Nachrichten
Herischdorfer Tageblatt

Totentafel

Ernst Nixdorf, Ob.-Rangiermstr., 71 J.; Hirschberg.
Klara Kiefer, geb. Hohberg, 56 J.; Hirschberg.
Ernestine Hoffmann, geb. Höher, 77 J.; Langenau.
Ernestine Frömberg, geb. Rupprecht, 80 J.; Warmbr.
Anna Fischer, 60 J.; Schmiedeberg.
Bertha Heinrich, geb. Brückner, 66 J.; Buchwald.

Inserieren bringt Gewinn

Erwin Schlusnuss ES
Kolonialwaren - Feinkost
Herischdorf
Ihr Zeichen Mein Zeichen Tag
Briefbogen
in satz- und drucktechnisch hochsteh. Ausführung liefern wir in kürzester Zeit
Verlagsbuchdruckerei Paul Fleischer Bad Warmbrunn Rsgb.

Besuchen Sie mich und Sie lachen wie ich!
Ullrich bleibt Ullrich!
Immer ein Programm der Herzensfreude in
Ullrichs Künstlerspielen, Hirschberg

Rumbo Überalles wäscht von selbst!

Inseriert in den Warmbrunner Nachrichten.